

ausgegrenzt | inhaftiert | vernichtet

„Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ im Nationalsozialismus

Wer sind die Ausgegrenzten?

Die Nationalsozialisten bezeichneten Menschen als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“, die wegen ihrer Lebensweise nicht als „Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft“ galten. Da bei der Administration, der Polizei und den Gerichten die beiden Gruppen oft vermischt wurden, – „Asoziale“ waren z. B. häufig vorbestraft – werden diese Menschen hier unter dem Begriff Ausgegrenzte zusammengefasst.

Die „Asozialen“

Dazu gehörten Wohnungslose, Landstreicher, Alkoholiker, Suchtkranke, Prostituierte, Zuhälter, Personen mit ansteckenden Krankheiten, Fürsorgeempfänger, „Arbeitsscheue“ bzw. „Arbeitsverweigerer“, säumige Unterhaltspflichtige und Personen, die „fortgesetzt mit Strafgesetzen, der Polizei oder den Behörden in Konflikt geraten“ sind.

Unter diese „Asozialen“ fielen aber auch ganze Gruppen, wie Sinti und Roma, Juden, politisch Verfolgte und Homosexuelle.

Die „Berufsverbrecher“

Die Nationalsozialisten bezeichneten als „Berufsverbrecher“ Menschen, die mehrfach verurteilt worden waren. Die meisten wegen kleinerer Delikte, aber andere auch wegen Gewaltverbrechen.

Wie erging es den Ausgegrenzten im Konzentrationslager?

Nach der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ waren „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ in den Konzentrationslagern in der Mehrheit. Heinrich Himmler sprach von etwa 70 000 Menschen. Die Häftlinge wurden in Kategorien eingeteilt, die man an ihrer Kleidung erkennen konnte. So mussten die „Asozialen“ einen schwarzen und die „Berufsverbrecher“ einen grünen Winkel an ihrer Kleidung tragen.

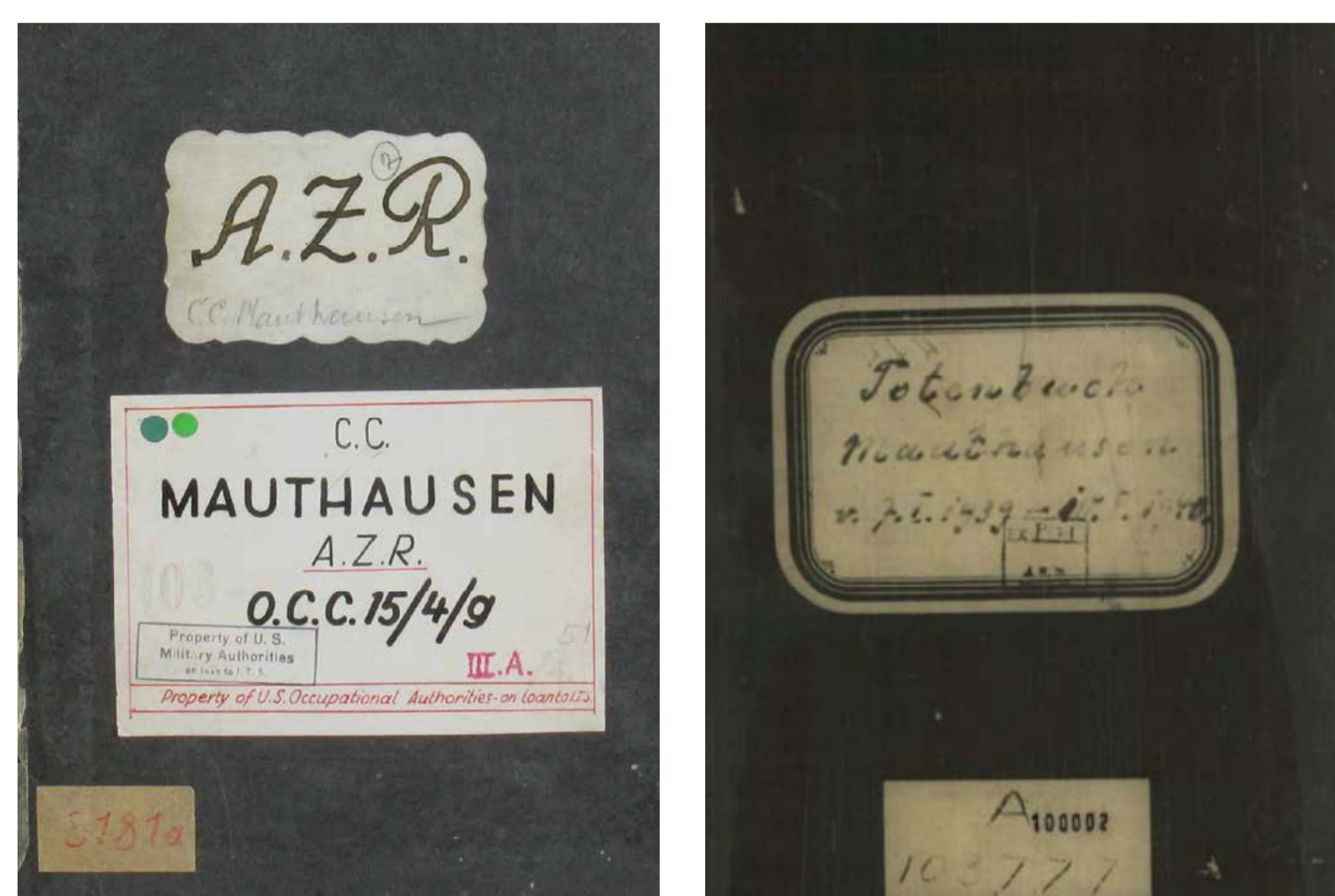
Kennzeichen für Schutzhäftlinge in den Konz. Lagern					
Form und Farbe der Kennzeichen					
	Politisch	Berufsverbrecher	Emigrant	Bibelforscher	Homosexuell
Grundfarben	rot	blau	grün	schwarz	weiß
Abzeichen für Rückfällige	rot	blau	grün	schwarz	weiß
Häftlinge der Strafkompanie	rot	blau	grün	schwarz	weiß
Abzeichen für Juden	rot	blau	grün	schwarz	weiß
Besondere Abzeichen	Jüd. Rassschänder	Rassschänderin	Fluchtverdächtig	Häftlingsnummer	Drücker
	P	T	W	12345	6789
	Poln.	Tscheche	Wehrmacht Angehöriger	Häftlings Ia	

Von allen Häftlingsgruppen wurden die „Asozialen“ am meisten verachtet und waren dadurch besonders gefährdet. Da sie in ihrem freien Leben meist als Einzelgänger unterwegs waren, schlossen sie sich auch im Konzentrationslager nicht zusammen, um sich das Überleben zu erleichtern. Die Berufsverbrecher hielten enger zusammen, es gelang ihnen häufiger Funktionsstellen zu bekommen und damit ihre Überlebenschancen zu verbessern.

Mit Kriegsbeginn wurde das Leben in den Konzentrationslagern noch härter.

Es ging nur noch um das Ausnutzen der Arbeitskraft der Häftlinge, die unter unmenschlichen Bedingungen in Steinbrüchen und Betrieben arbeiten mussten. Haftprüfungen fanden kaum mehr statt, und damit war der letzte Weg versperrt, dem Konzentrationslager zu entkommen. Ab 1943 wurden sogar die in Anstalten und Gefängnissen Verwahrten ganz gezielt zur „Vernichtung durch Arbeit“ in die Konzentrationslager gebracht.

Man schätzt, dass etwa die Hälfte aller inhaftierten „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ ums Leben gekommen sind.



Verzeichnis der verstorbenen und entlassenen „arbeitsscheuen“ Häftlinge des KZ Mauthausen (Quelle: ITS Arolsen Archives)

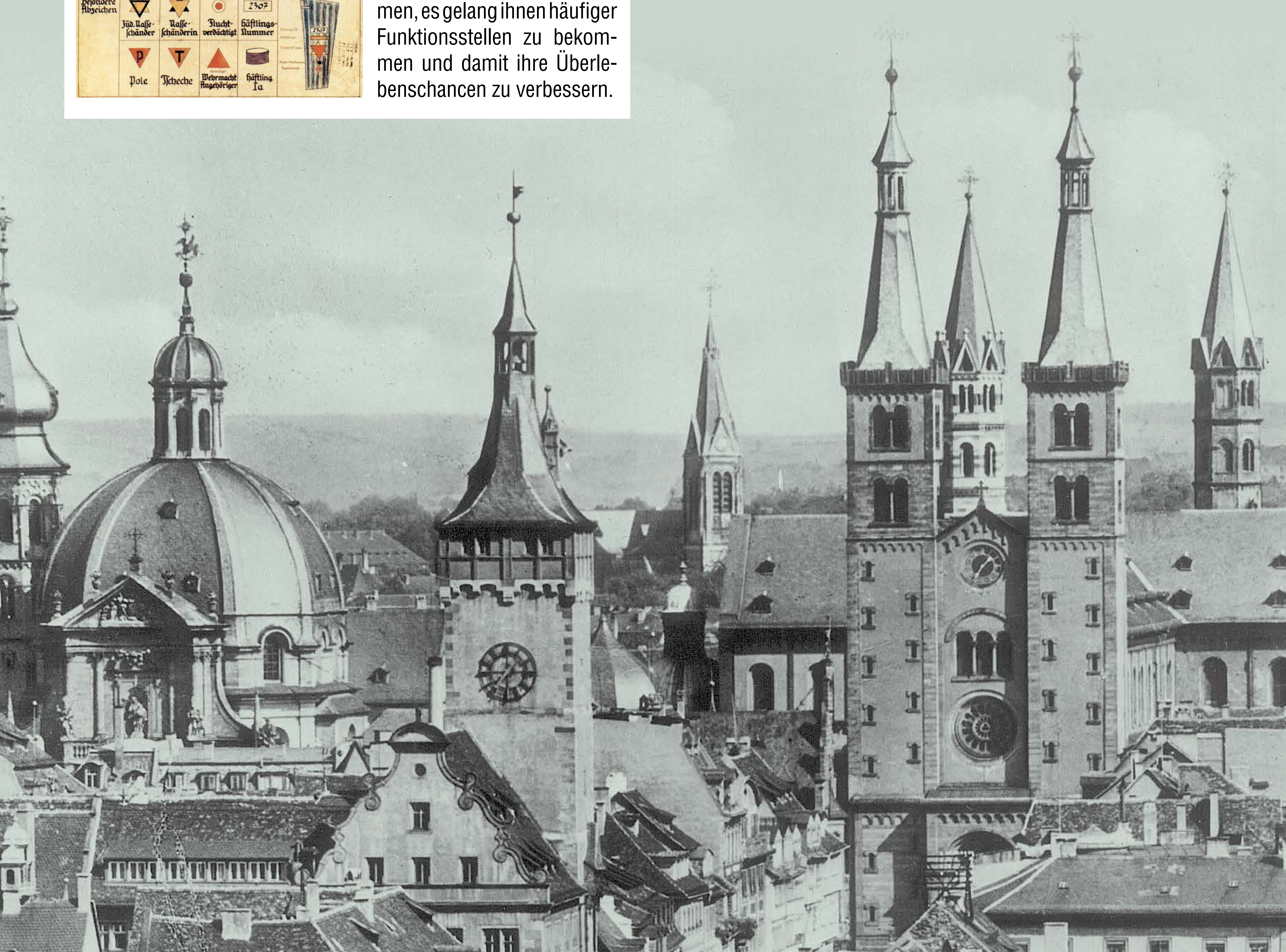
Totenbuch des KZ Mauthausen (Quelle: ITS Arolsen Archives)

Wie erging es den Überlebenden?

Wie viele andere Opfer dieser Zeit schämten sich die Überlebenden und ihre Familien, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Sie waren als erblich minderwertig und als Verbrecher stigmatisiert. Da nur politischen Opfern eine Wiedergutmachung zustand, mussten sie sich ohne jede Entschädigung für das erlittene Leid durchschlagen.

Im Jahr 2020, erst 75 Jahre später, wurde im Bundestag diesen Menschen die gesellschaftliche Anerkennung als NS-Verfolgte zugesprochen mit dem wichtigen Satz:

„Niemand wurde zu Recht in einem Konzentrationslager inhaftiert, gequält und ermordet.“



„Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ im Nationalsozialismus

Welche Maßnahmen gab es gegen die Ausgegrenzten?

„Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ schadeten in den Augen der Nationalsozialisten dem „Volkkörper“. Da sie zu den „Gemeinschaftsfremden“ gehörten, hatte man das Recht, gegen sie vorzugehen:

Arbeitshäuser

Schon in der Weimarer Republik durften Bettler und Landstreicher zur Umerziehung befristet in Arbeitshäuser eingewiesen werden.



Arbeitshaus Rebdorf

Nach einer ersten Bettlerrazzia 1933 durch die Nationalsozialisten waren diese Arbeitshäuser völlig überfüllt. So auch das Arbeitshaus Rebdorf bei Eichstätt, in das die Männer aus Würzburg eingewiesen wurden.

Die Ideologie der Nationalsozialisten durchdrang bald alle Bereiche des Staates, auch die Justiz.

Der Gauleiter von Mainfranken Dr. Hellmuth führte dazu in einer Rede vor Juristen im Mai 1934 folgendes aus:

Heute ist die Grundform aller Gesetze: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Es muß immer die Frage lauten: Dient das Gesetz dem Volke? Dann ist es gut. Dient es ihm nicht, dann muß es verschwinden. Wir haben heute eine Staatsform, die national und sozial ist im Sinne der deutschen Volksgemeinschaft. Es ist der Zustand geschaffen

Die Gesetze haben keinen deutschen Geist gefasst, darum mußten wir Nationalsozialisten sehr oft mit ihnen in Konflikt kommen.

Bald nach der Machtübernahme begannen die Nationalsozialisten auch die bestehenden Gesetze zu verändern.

Härtere Strafen

Die vom Amtsgericht oder dem Landgericht Würzburg Verurteilten mussten im Gefängnis in der Ottostraße längere Strafen absitzen und konnten danach auch noch ins Arbeitshaus Rebdorf eingewiesen werden.



Gericht, Ottostraße (Quelle: Sammlung A. Kraus)

Sicherungsverwahrung



Nach dem „Gewohnheitsverbrechergesetz“ von 1934 durften die Häftlinge nach dem Verbüßen ihrer Strafe nun unbefristet in einer Haftanstalt in Sicherungsverwahrung genommen werden.

Am Anfang ordnete das noch ein Richter an, später war dies nicht mehr notwendig, und die Häftlinge wurden aus dem Gefängnis direkt in ein Konzentrationslager transportiert. Bis 1936 war für alle bayerischen Häftlinge, also auch die Würzburger, hierfür grundsätzlich das KZ Dachau vorgesehen.

Nach drei Monaten sollte eine Überprüfung der Haft im Konzentrationslager erfolgen. Nur bei einer positiven Beurteilung war die Entlassung möglich. Über das Erlebte mussten die Freigelassenen strengstes Stillschweigen bewahren. In späteren Jahren fanden diese Haftprüfungen nicht mehr statt.

Vorbeugehaft

Um Verbrechen zu verhindern, durfte die Polizei ohne richterliche Anordnung „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ beobachten. Sie wurden überwacht, in amtlichen Karteien erfasst und erniedrigenden Schikanen ausgesetzt. Hierbei wurde die Polizei von den Wohlfahrtseinrichtungen sowie dem Arbeits- und Fürsorgeamt unterstützt, die die Unterhaltszahlungen einsparen wollten. „Berufsverbrecher“ konnten ohne neue Straftaten von der Polizei in Vorbeugehaft genommen werden. Sie wurden als polizeiliche Schutzhäftlinge vom Gefängnis ihres Heimatortes aus direkt in ein Konzentrationslager „verschubt“.

Das Heimtückegesetz

Jegliche freie Meinungsäußerung wurde durch dieses Gesetz verboten. Es erlaubte der Gestapo, Menschen wegen ihrer Äußerungen über Personen und Einrichtungen der NSDAP oder des Tragens von Parteiabzeichen bzw. -uniformen vor ein Sondergericht zu bringen. Nach Verbüßen der Strafe brachte man auch sie ins Konzentrationslager. Diese „Schutzhaft“ wurde auf Antrag der Würzburger Gestapo vom Hauptquartier in Berlin angeordnet.



Ehemaliges Gestapo-Gebäude Ludwigstraße 2 nach der Zerstörung am 16. März 1945 (Quelle: Willi Dürrenagel)

Razzien 1937/38

Zusätzlich erfolgten mehrere Razzien gegen „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“, bei denen eine große Zahl von Menschen verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert wurden. Die bekannteste ist wohl die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ durch die Polizei und die Gestapo, bei der reichsweit mehr als 10 000 Männer, die keinen festen Arbeitsplatz hatten, als Arbeitskräfte in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen gebracht wurden. Ein Teil kam wieder frei, viele starben auch während der Lagerhaft.



Vom „Querulanten“ zum „Staatsfeind“

Die Familie

Adolf kommt als 14. Kind einer mennonitischen Gutspächterfamilie in Friesenhäusern zur Welt. Schon als Jugendlicher arbeitet er auf dem vom Vater gepachteten Gut Schleehof in Veitshöchheim mit. Hier lernt er Rosina Petermann kennen, die er 1897 heiratet. Das Paar bekommt acht Kinder.

In den folgenden zehn Jahren pachtet Adolf selbst verschiedene Güter, bleibt dabei aber erfolglos. Er gibt die Pacht auf und arbeitet von nun an als Angestellter oder Reisender für Bindegarne und Säcke. Nach der Trennung von seiner Familie zieht er 1922 nach Würzburg. Die Ehe wird 1924 geschieden.

Schwierigkeiten mit der Gestapo

Mitteilung am 30. 4. 36 von der Politischen Abteilung der Polizeidirektion zwecks Vorfall und Durchsetzung vorgeladen. Sohn bei Betreten der Diensträume der Politischen Polizei glaubte er auch hier ein ähnliches Verhalten, wie oben geschildert, an den Tag legen zu können. Dem „Deutschen Grund“ erwiderte er nicht in der üblichen Form durch Erheben der Hand, sondern mit den Worten „Gott sei mit uns“, worauf er sich sofort in die Staatsanwaltschaft wenden werde, die Beamten in ihrer Diensthandlung zu beeinflussen und übermäßig zu machen. Sein weiteres Verhalten ließ in jeder Hinsicht seine staatsfeindliche Einstellung erkennen, wozu er auf Anordnung des Dienststellenleiters in Polizeihafträum untergebracht wurde. Selbst dort versuchte er noch, das mit der Abnahme seiner Segensprüche befassten Beamten Widerstand entgegen zu setzen, der aber gebrochen wurde.

Bei der Wahl des Reichstags am 29. März 1936 fällt er zum ersten Mal der Politischen Polizei ins Auge. Auf Betreiben seines Vermieters wird er mehrfach aufgefordert seiner Wahlpflicht nachzukommen. Als er endlich erscheint, kommt es zu einer Auseinandersetzung mit dem Wahlleiter. Er wird angezeigt und vernommen. Die Gestapo beschreibt sein Verhalten wie links abgebildet. Nach fünf Tagen wird er entlassen. Im Gegenzug zeigt Fellmann die Beamten wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung an. Seine Klage gegen die Beamten wird zurückgewiesen. Adolf Fellmann wird als „Querulant“ bezeichnet.

Die Gestapo lässt ihn von nun an nicht mehr aus den Augen.

Als Fellmann 1937 einen neuen Pass bestellt, wird der verweigert, weil man befürchtet, dass er sich im Ausland „zu staatsabträglichen Äußerungen hinreißen lassen und dadurch das Ansehen Deutschlands schädigen wird.“ Auch dagegen legt Fellmann Beschwerde ein.

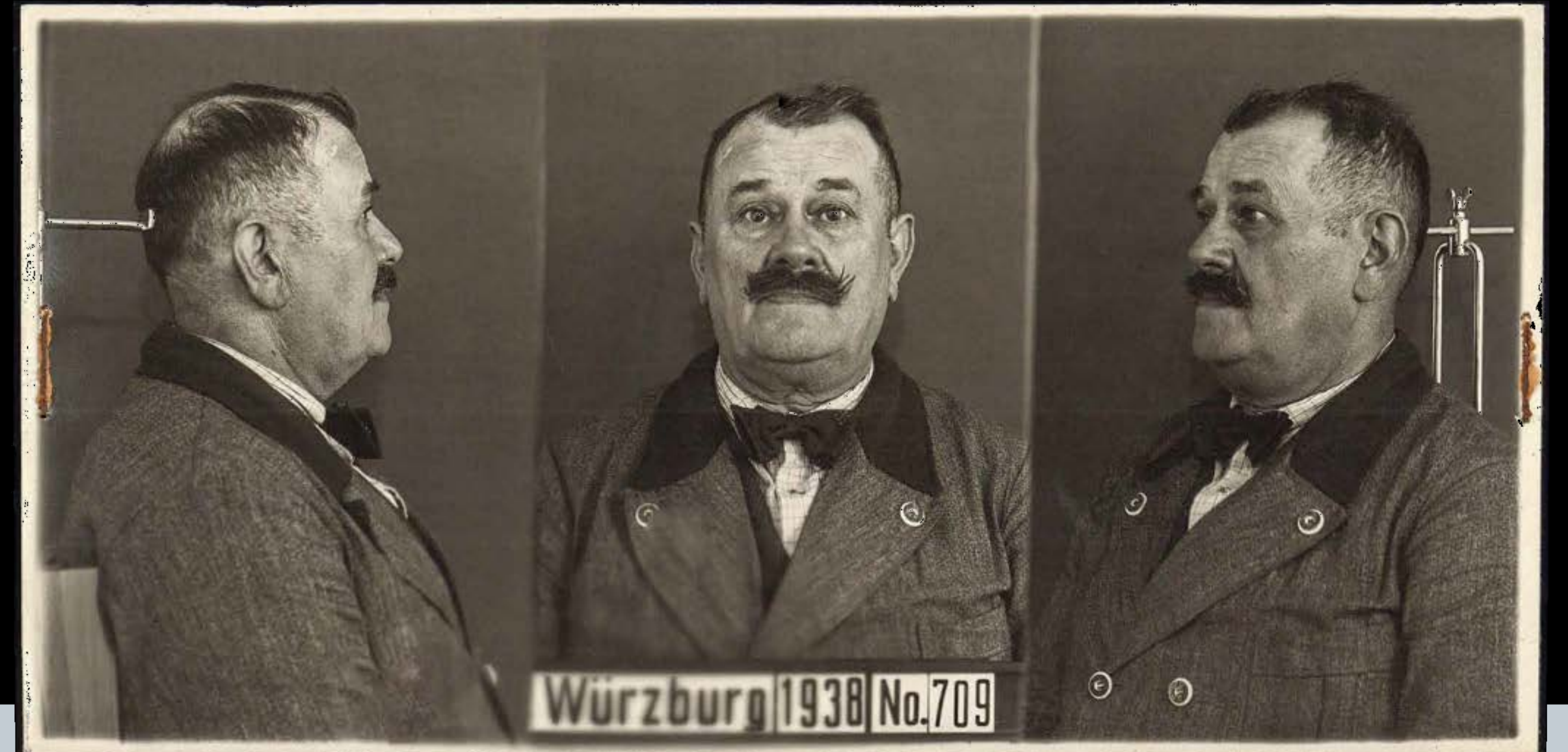
Im Februar und August 1938 wird er wegen seiner politischen Äußerungen in ländlichen Wirtshäusern denunziert, angezeigt und zum Verhör vorgeladen. Da er absagt, erfolgt seine Festnahme durch die Gestapo mit der Begründung, sein Gesamtverhalten zeige, „daß es sich bei Fellmann um einen ausgesprochenen Staatsfeind handelt, der sich ... nicht um die bestehenden Gesetze kümmert.“ Er soll mit einer „empfindlichen Strafe“ belegt werden. Man geht nun unerbittlich gegen ihn vor. Er wird wegen dieser Äußerungen beim Sondergericht Bamberg wegen eines Vergehens gegen das Heimtückegesetz angeklagt und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zusätzlich wird er vom Amtsgericht wegen einiger kleinerer Delikte zu kurzen Haftstrafen verurteilt, die er gleich absitzen muss. Und wieder beschwert er sich über die Würzburger Polizeidienststelle wegen fortgesetzter Beleidigung, schwerer Geschäfts- und Gesundheitsschädigung.

Jetzt beantragt die Gestapo für ihn Schutzhaft. Fellmann verweigert die Annahme des Schutzhaftbefehls und legt wieder Beschwerde ein. Aber die Gestapo besteht auf seiner Einweisung in ein Konzentrationslager. Eine ärztliche Untersuchung ergibt: Fellmann ist lagerfähig, soll aber wegen eines Leistenbruchs nur leichte Arbeit verrichten.

Konzentrationslager

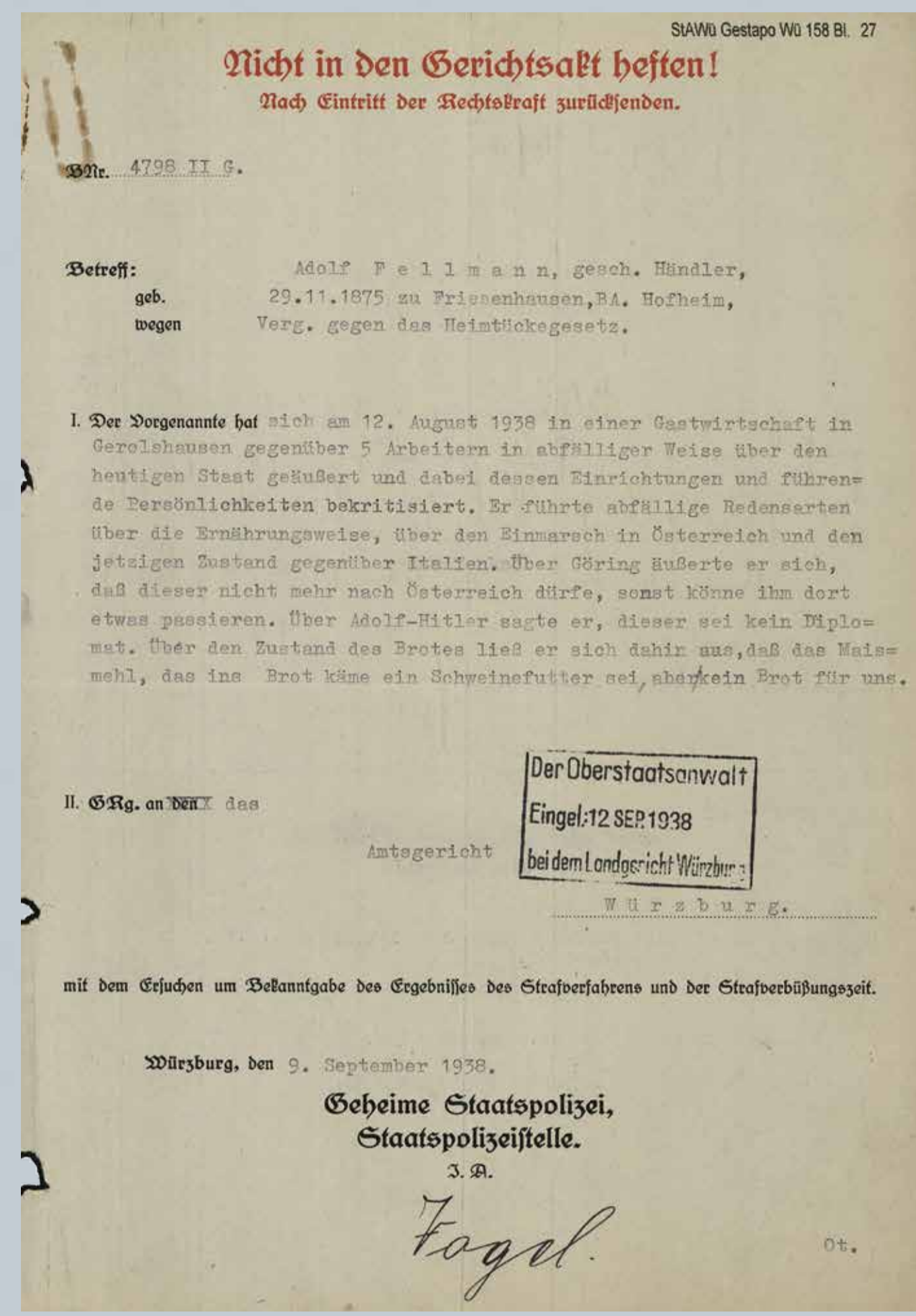
Am 29. März 1939 wird Fellmann ins KZ Dachau „verschubt“. Am 9. Mai bringt man ihn ins KZ Mauthausen. Der gesundheitlich eingeschränkte 63-Jährige muss nun im Steinbruch schwere Arbeiten verrichten. Schon einen Monat später, am 14. Juli, ist er tot. Er wird im Steinbruch des Außenlagers Gusen von einem herabstürzenden Stein getroffen und erleidet eine Lungenquetschung.

Sein Sohn Adolf hat den Mut, Fragen zum Tod des Vaters zu stellen. Zur Beantwortung dieser Fragen soll er in die Ludwigstraße, den Sitz der Gestapo, kommen. Ob er das getan hat, ist nicht bekannt.

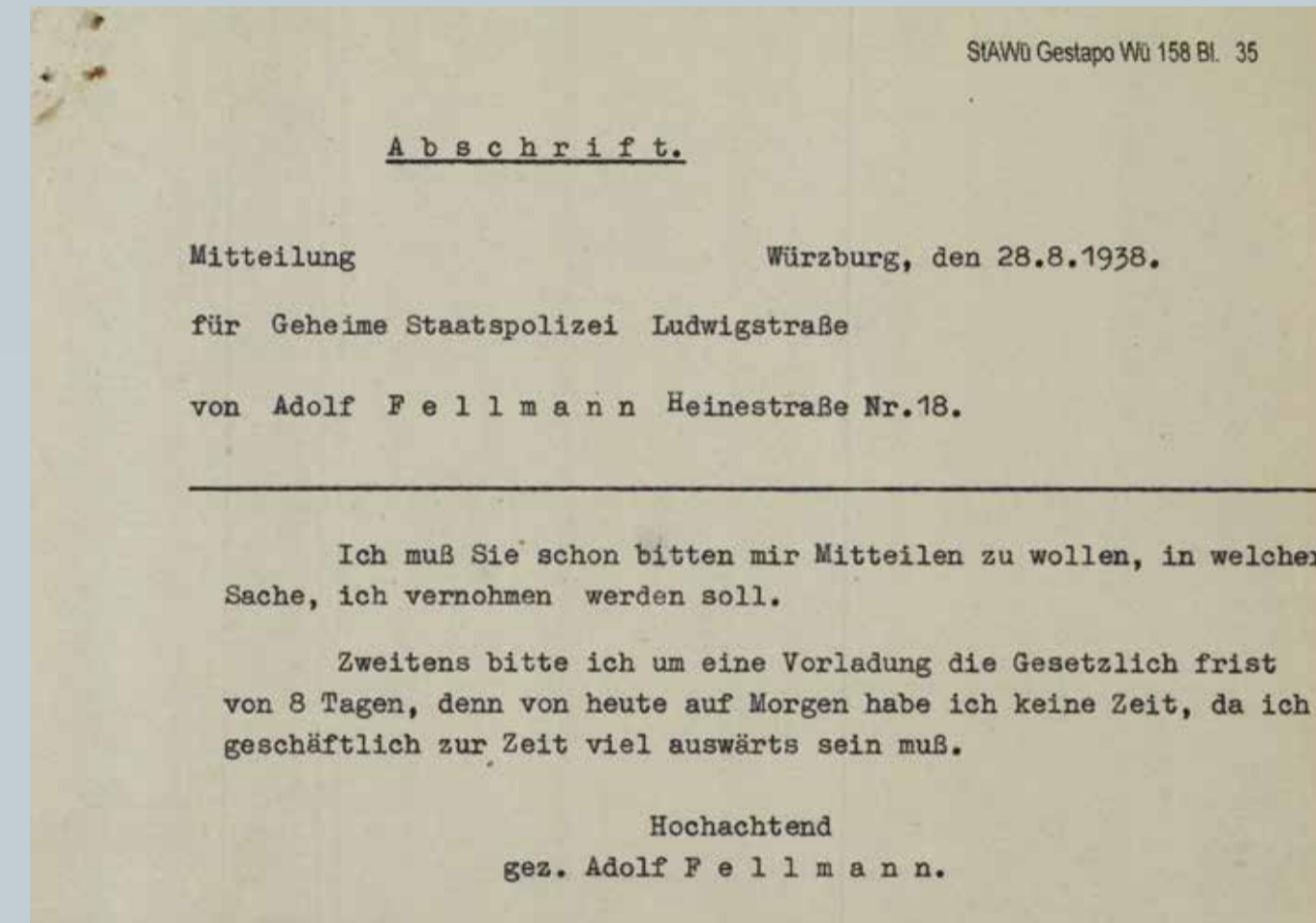


(Quelle: StAWU Gestapo Nr. 158)

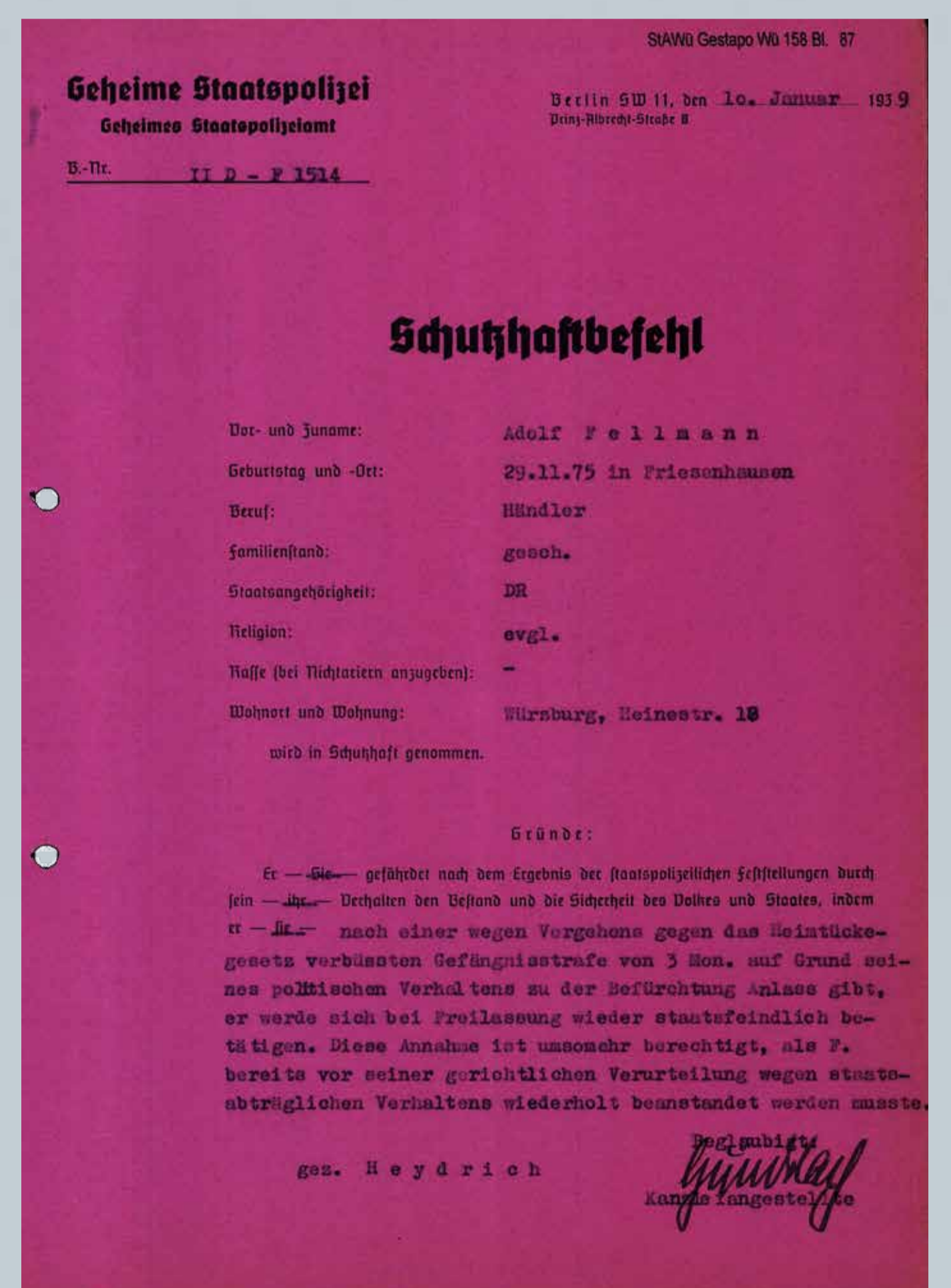
Fellmann Adolf, geb. 29.11.1875



Reden im Wirtshaus (Quelle: StAWU Gestapo Nr. 158)



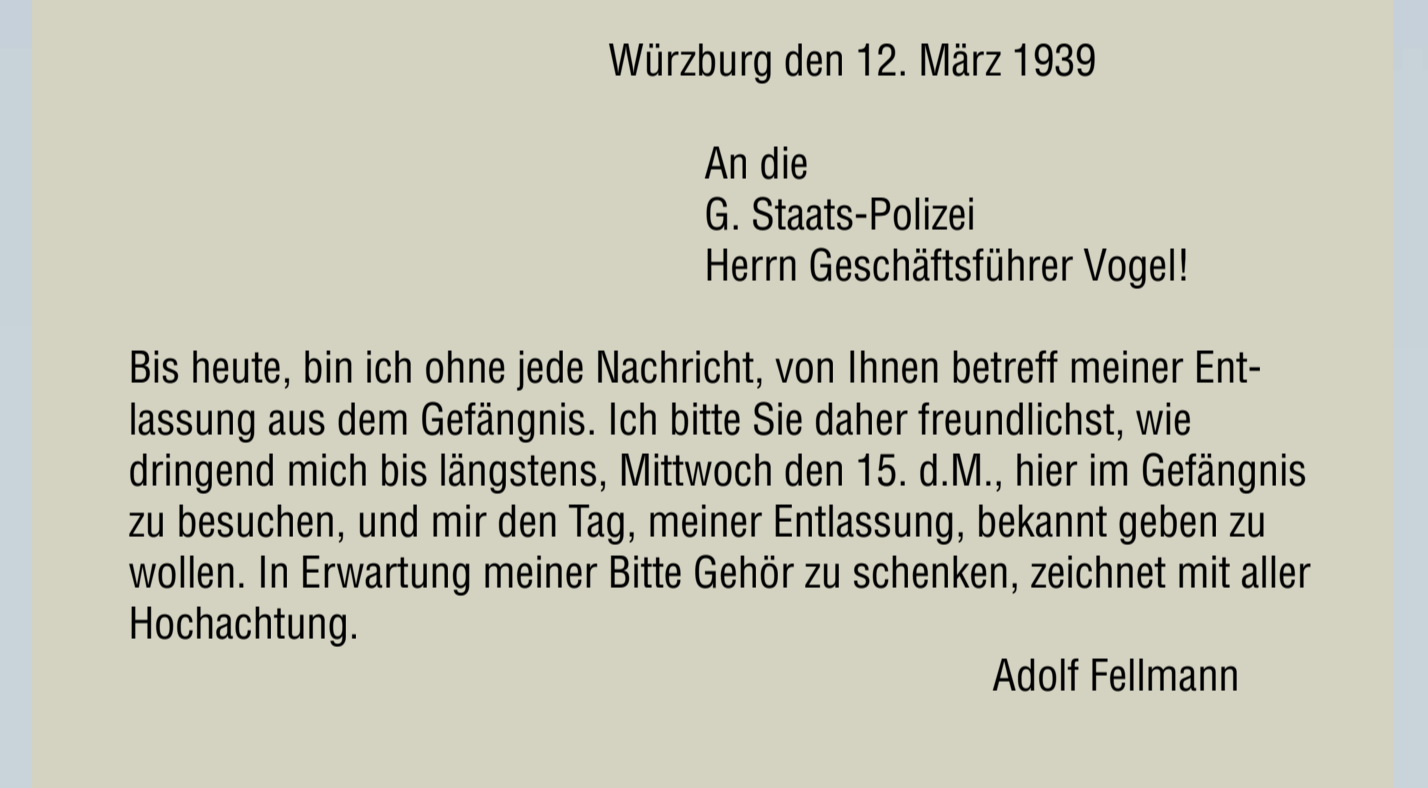
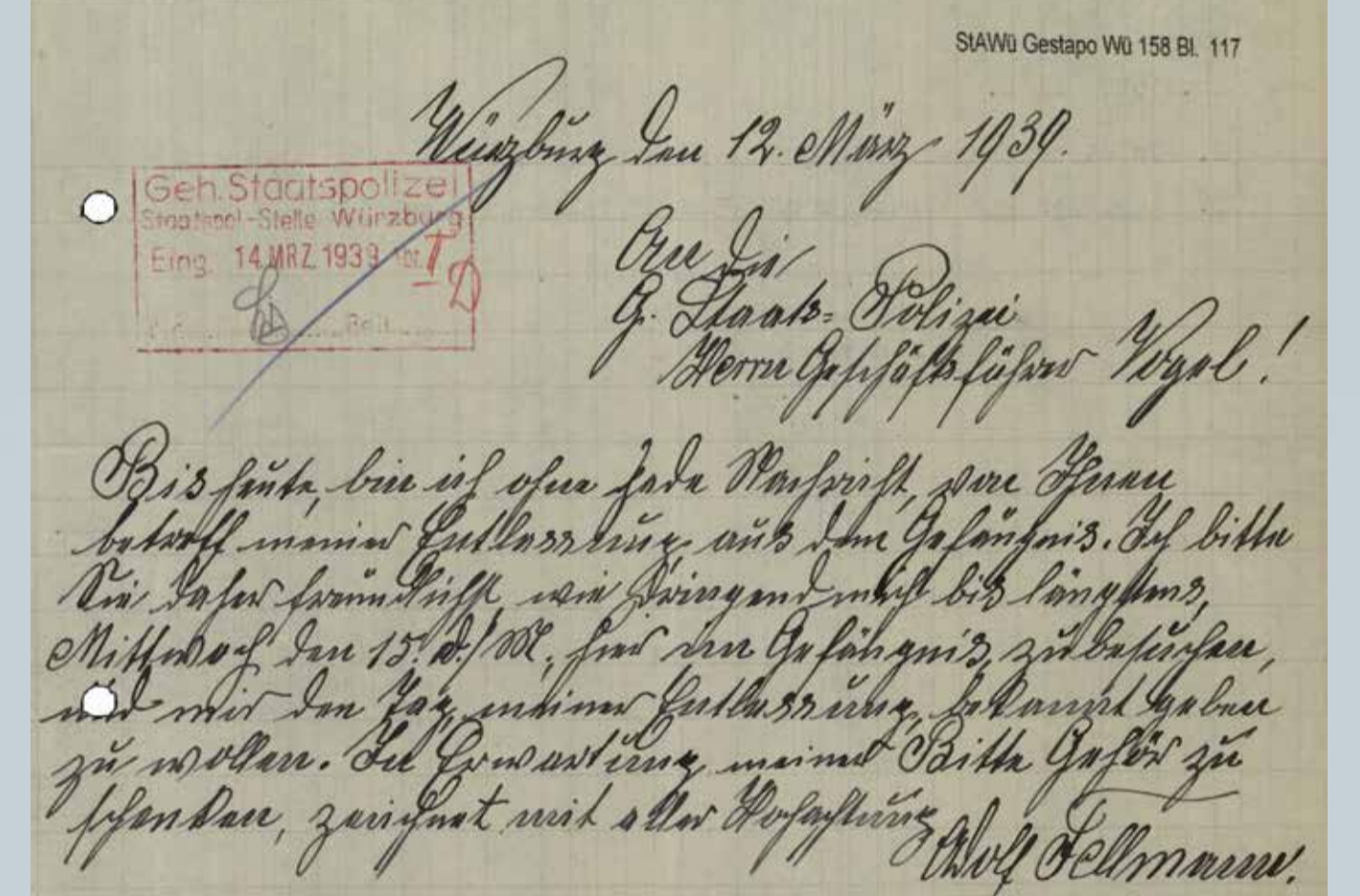
Absage (Quelle: StAWU Gestapo Nr. 158)



Schutzhaftbefehl (Quelle: StAWU Gestapo Nr. 158)



Sträflinge im Steinbruch Mauthausen (Quelle: Mauthausen Memorial)



Leichenschauschein (Quelle: ITS Arolsen Archives)



ausgegrenzt | inhaftiert | vernichtet

„Vernichtung durch Arbeit“

Jugend

Friedrich Röchner kommt als jüngstes Kind des Schneiders Georg Röchner und seiner Frau Walburga am 2. Juni 1906 in Würzburg zur Welt. Seine Mutter stirbt, als er ein Jahr alt ist. Wo er die nächsten Jahre verbringt, ist nicht bekannt. Bei seiner psychiatrischen Beurteilung in der Anstalt St. Getreu 1939 erfahren wir etwas über sein weiteres Leben: „Mit der bezirksärztlichen Diagnose angeborener Schwachsinn kam Röchner in seinem 7. Lebensjahre ins Josefshaus nach Gemünden, wo sich neben völlig Bildungsunfähigen Schwachsinnige und Unerziehbare befinden. Von 1913 bis 1922 besuchte er dort die Anstaltsschule und erwarb sich 'befriedigende Kenntnisse', wobei ich bemerken muss, dass dieser Maßstab nach den dortigen minimalen Ansprüchen ein sehr relativer ist.“ Und weiter: „In den folgenden Jahren wurde Röchner in den landwirtschaftlichen Arbeiten der Anstalt geschult.“ Friedrich Röchner ist dabei nicht glücklich, denn es wird von häufigen Fluchtversuchen berichtet.

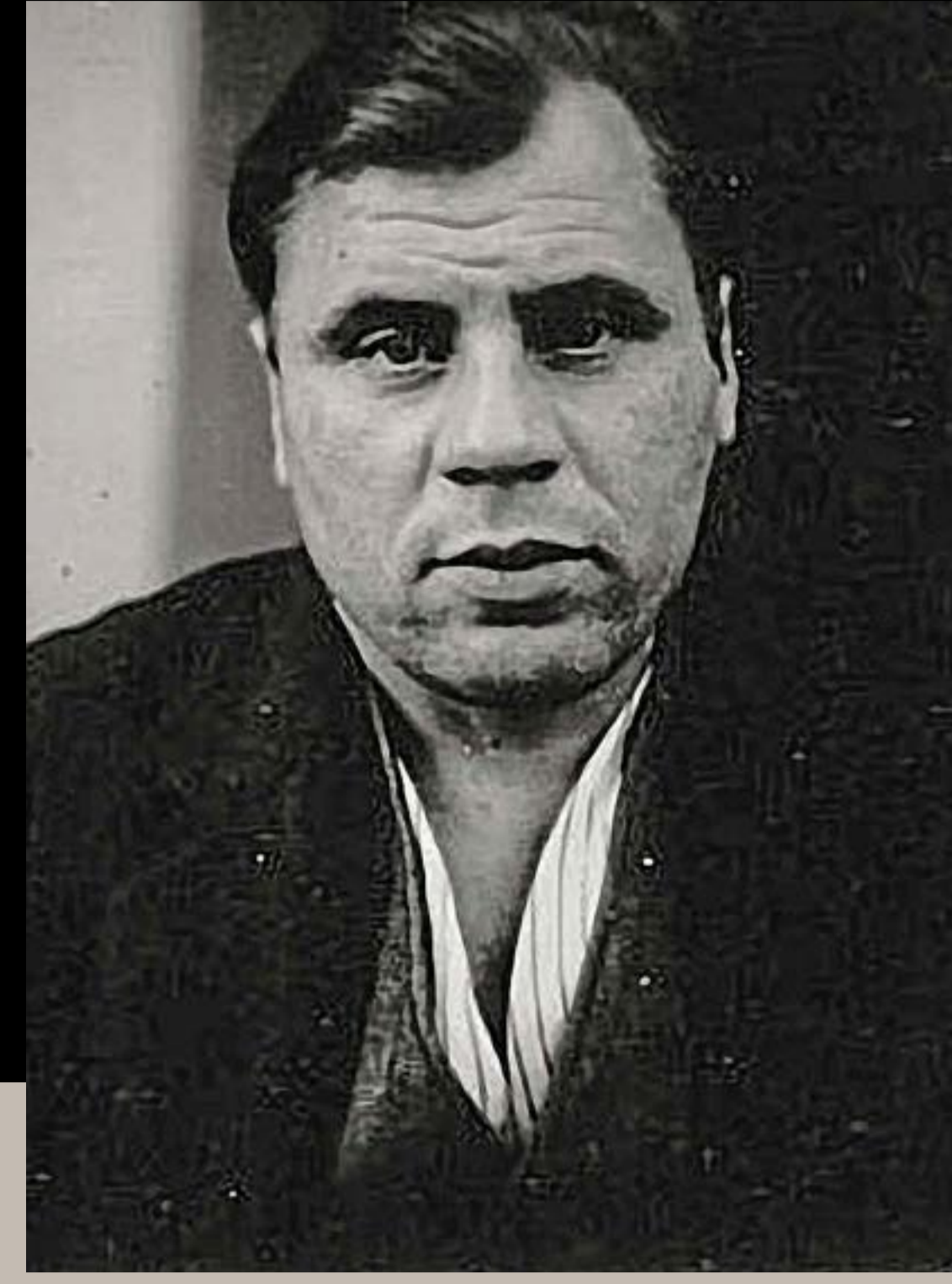
Kurze Gefängnisaufenthalte und Arbeitshaus

Mit 22 Jahren verlässt er endgültig das Josefshaus und zieht jahrelang bettelnd oder kurzzeitig bei Bauern arbeitend durch die Gegend. Dabei wird er häufig von der Polizei aufgegriffen und muss auch zweimal zu kurzen Haftstrafen ins Gefängnis. Zwischendurch kommt er viermal zur Umerziehung ins Arbeitshaus Rebdorf. Dort dürfte man ihn auch zwangssterilisiert haben, denn ein Arzt, der ihn später untersucht, schreibt: „Die erbpflegerischen Maßnahmen sind bei Röchner durchgeführt worden.“

Am 1. August 1939 nimmt ihn die Polizei Aschaffenburg fest. Man entdeckt, dass er in sein Arbeitsbuch als Beruf Schlosser eingetragen hat, was man als Urkundenfälschung wertet. In seiner Jacke findet man ein Parteiabzeichen der NSDAP, obwohl er kein Parteimitglied ist. Beim Verhör gibt er an, das Parteiabzeichen schon vor einigen Jahren gekauft zu haben. Mit dem unberechtigten Tragen des Parteiabzeichens gerät er ins Visier der Gestapo und wird wegen eines Vergehens gegen das Heimtückegesetz beim Sondergericht Bamberg angeklagt. Das Gericht ist sich nicht klar darüber, ob es ihn ins Gefängnis oder in eine Anstalt einweisen soll. Deshalb ordnet es seine psychiatrische Untersuchung in der Anstalt St. Getreu an. Danach wird Friedrich Röchner zwar freigesprochen, aber wegen seiner geistigen Behinderung in die Heil- und Pflegeanstalt Kutzenberg im Landkreis Lichtenfels/Oberfranken eingewiesen. Hier lebt er vier Jahre lang. Er wird als nicht sehr verträglich, aber als guter Arbeiter beschrieben.

Konzentrationslager

Am 9. März 1944 holt man Friedrich Röchner aus der Anstalt und bringt ihn ins KZ Mauthausen. Er kommt ins Nebenlager Ebensee. Hier werden auf Anordnung Hitlers unterirdisch Raketen und andere Kriegsgeräte gefertigt. Die Häftlinge müssen dafür Stollen und Kavernen in den Berg treiben. Am 29. Juni 1944 stirbt Friedrich, 38 Jahre alt, laut Totenbuch um 13 Uhr „an Magen- und Darmkatarrh, Herz- und Kreislaufschwäche“. Diese Angaben entsprechen sicherlich nicht der Wahrheit, da von den Konzentrationslagern meist die wahre Todesursache verheimlicht wurde.



(Quelle: StABa K 105 Nr. 1068)

Friedrich Röchner, geb. 2.6.1906



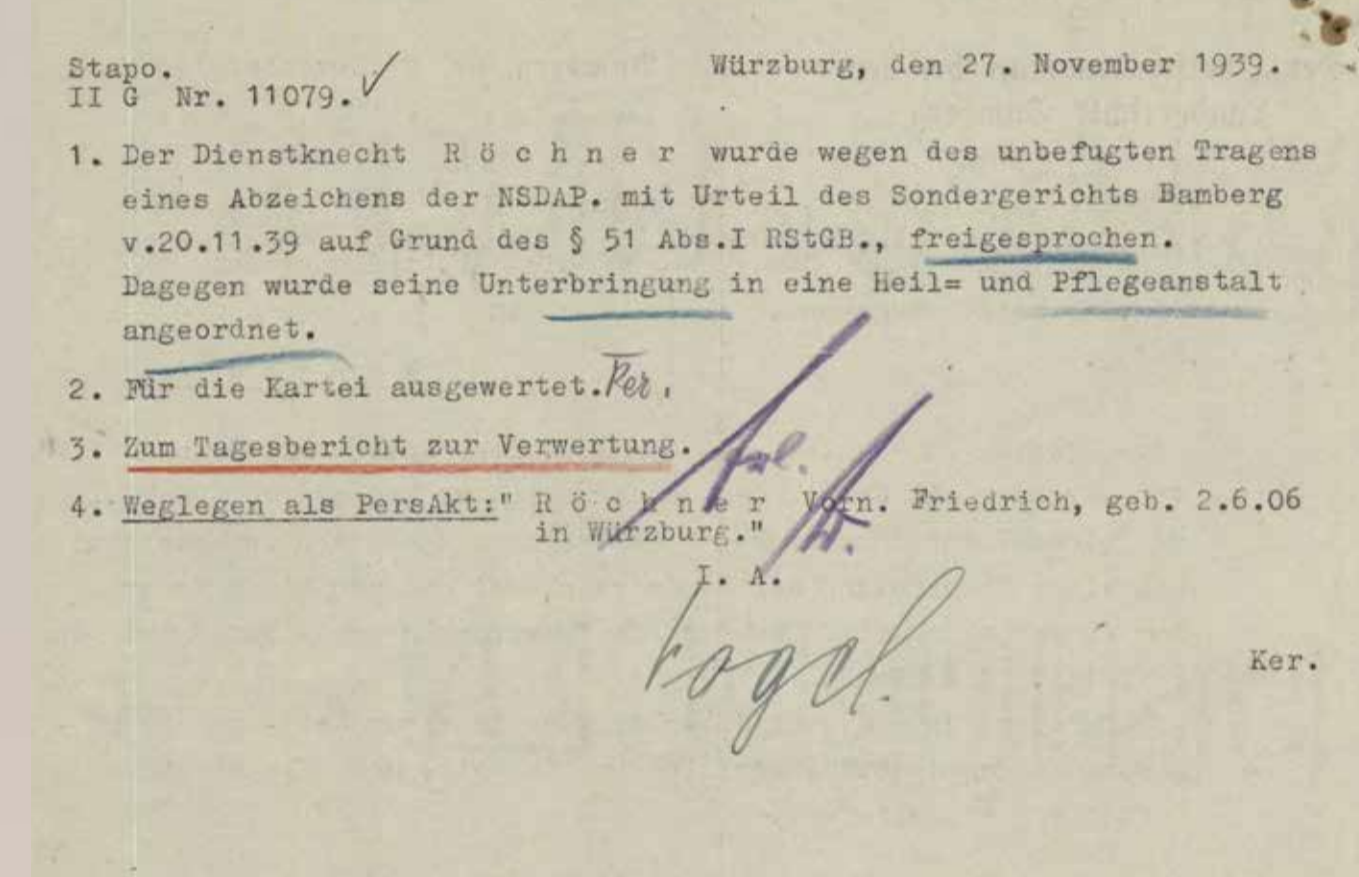
Turnen im Josefshaus (Quelle: Histor. Verein Gemünden)



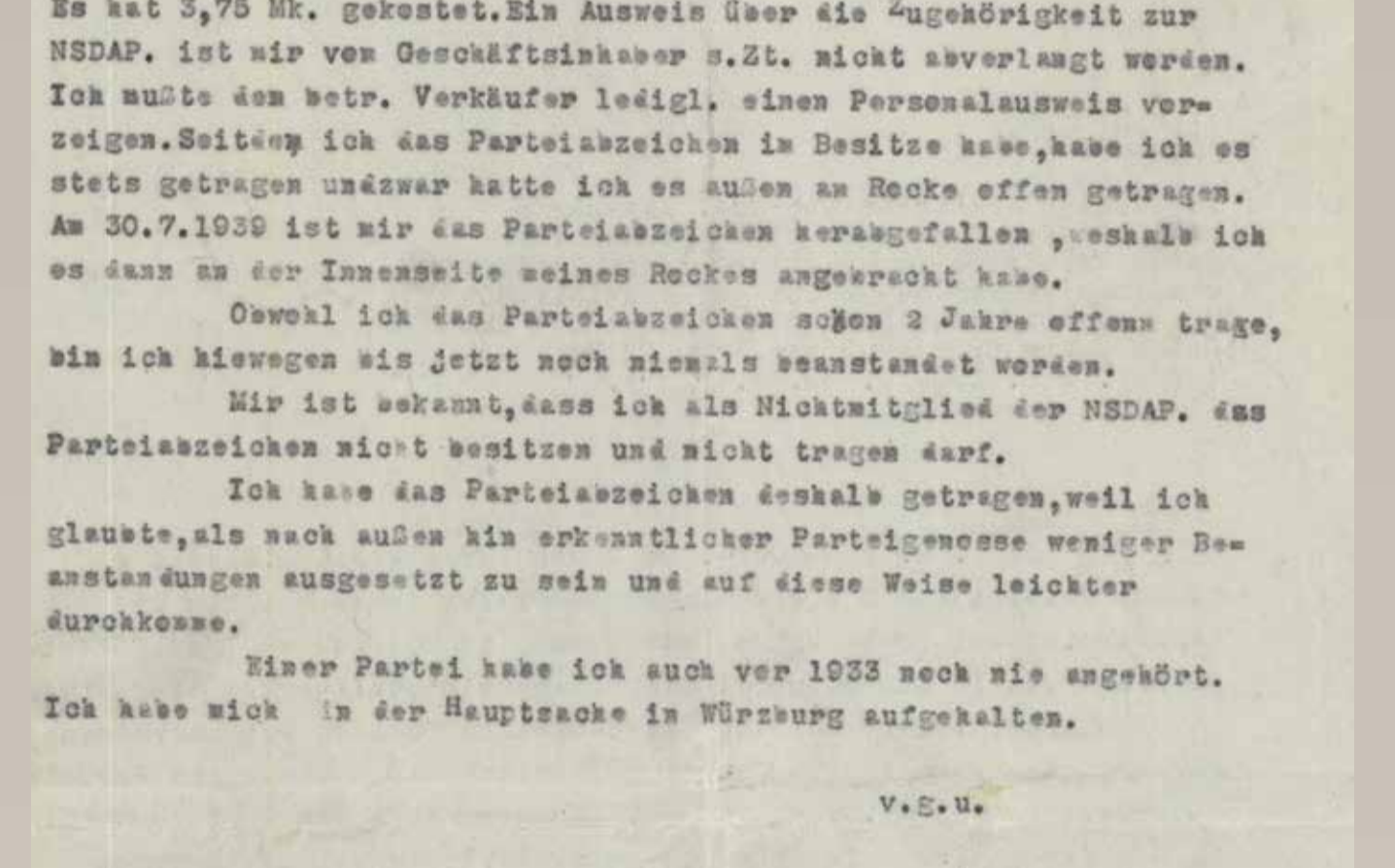
Landwirtschaftliche Arbeiten im Josefshaus (Quelle: Archiv Barbara Kallfetz)



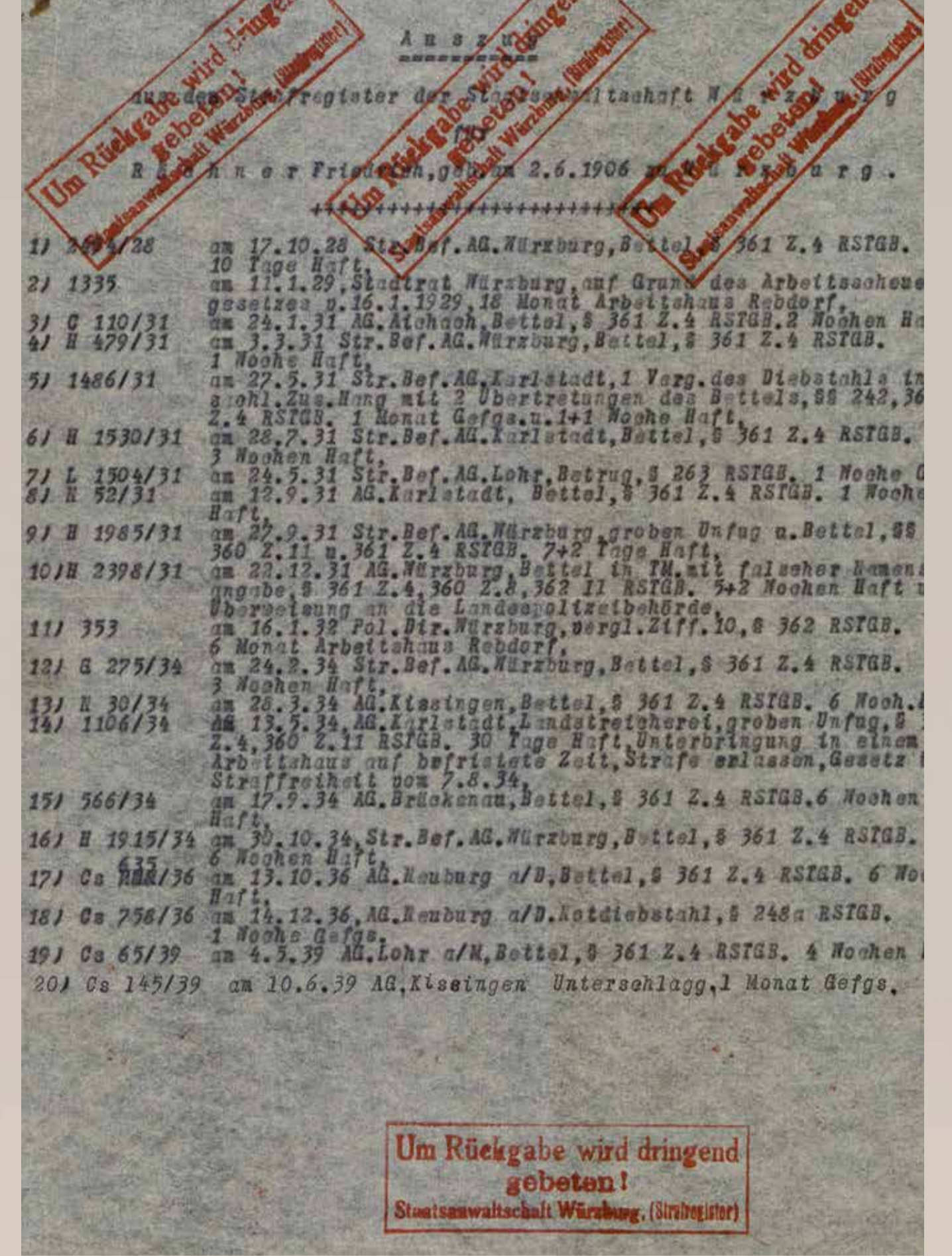
(Quelle: StABa K 105 Nr.1068)



Einweisung in die Heilanstalt (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 10773)



Kauf des Parteiabzeichens (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 10773)



Vorstrafenliste (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 10773)



KZ Ebensee im Mai 1945



ausgegrenzt | inhaftiert | vernichtet

6 Konzentrationslager in 18 Monaten

Selbst geschriebener Lebenslauf aus dem Gefängnis

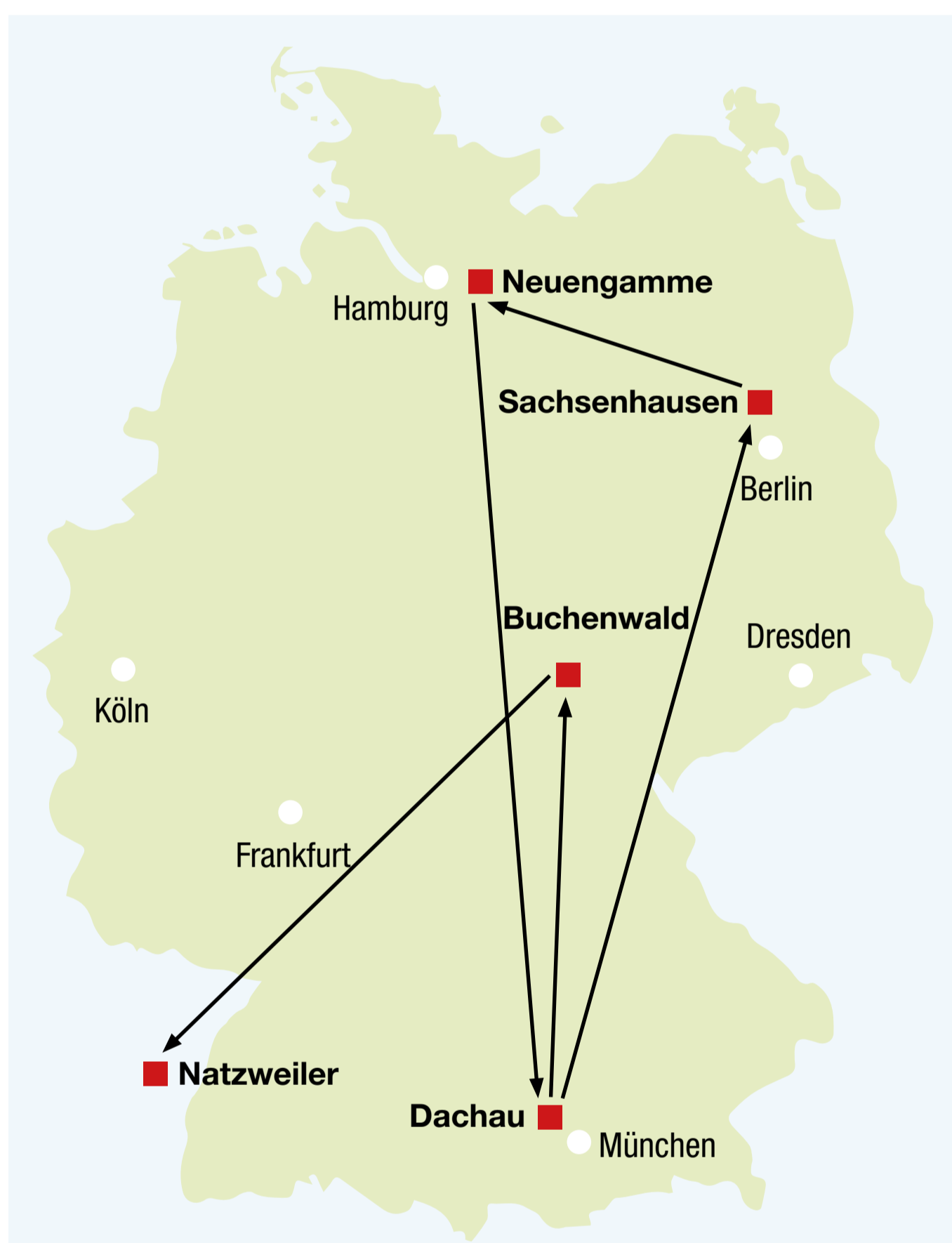
Eugen Staudenraus schreibt im Februar 1933 im Gefängnis Amberg: „Als 8. Kind der Eheleute Karl Staudenraus und dessen Ehefrau Elisa, geborene Häusler, erblickte ich am 6.2.1910 in Würzburg das Licht der Welt. Ich besuchte die Volksschule 8 Jahre. Da wir zu Hause 8 Kinder waren und mein Vater sich seiner Kinder wenig annahm, genoss ich eine mangelhafte Erziehung. Ich kam als Kind mit 11 Jahren (meine Mutter starb 1921 an Herzschlag) zu einer besseren Familie bis zu meinem 14. Lebensjahr als Hausbursche. Nach Entlassung aus der Volksschule kam ich nach Hessen, Klein-Steinheim, als Bäckerlehrling in die Lehre. Zu gleicher Zeit besuchte ich drei Jahre die Fortbildungsschule. Nach Beendigung meiner Lehrzeit legte ich mit Erfolg meine Gesellenprüfung ab. Ich arbeitete dann bis Mitte 1930 als Bäckergehilfe, und bis Ende 1931 als Zeitschriftenvertreter. Ich wurde dann arbeitslos und wurde durch die bittere Not nebst schlechter Gesellschaft auf Abwege getrieben. Nach Verbüßung meiner Strafzeit gehe ich wieder nach Würzburg und werde mir alle Mühe geben, wieder ein brauchbares Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden.“

Zwischen Gefängnis und Arbeitshaus

Während der im Lebenslauf beschriebenen zweijährigen Arbeitslosigkeit muss er mit einer viel zu geringen Unterstützung auskommen. Immer wieder steht er deshalb wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten vor Gericht, bis er im Februar 1933 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wird, die er in Amberg absitzen muss. Sein Wunsch nach einer Rückkehr nach Würzburg erfüllt sich nicht, denn nach Verbüßen dieser Strafe wird er zur Umerziehung in das Arbeitshaus Rebdorf eingeliefert. Bei guter Führung im Mai 1936 vorzeitig entlassen, findet er aber wegen seiner Vorstrafen keine neue Anstellung. Immer wieder nimmt er in den nächsten beiden Jahren für kurze Zeit und geringen Lohn eine Stelle als Bauhilfsarbeiter an. Im Mai 1938 wird er trotz aller guten Vorsätze rückfällig und kommt erneut für 4 Monate Haft ins Gefängnis Ebrach. Danach bringt man ihn wieder in das Arbeitshaus Rebdorf. Er ist jetzt mehrfach vorbestraft und wird damit nach den damaligen Gesetzen als „Berufsverbrecher“ bezeichnet.

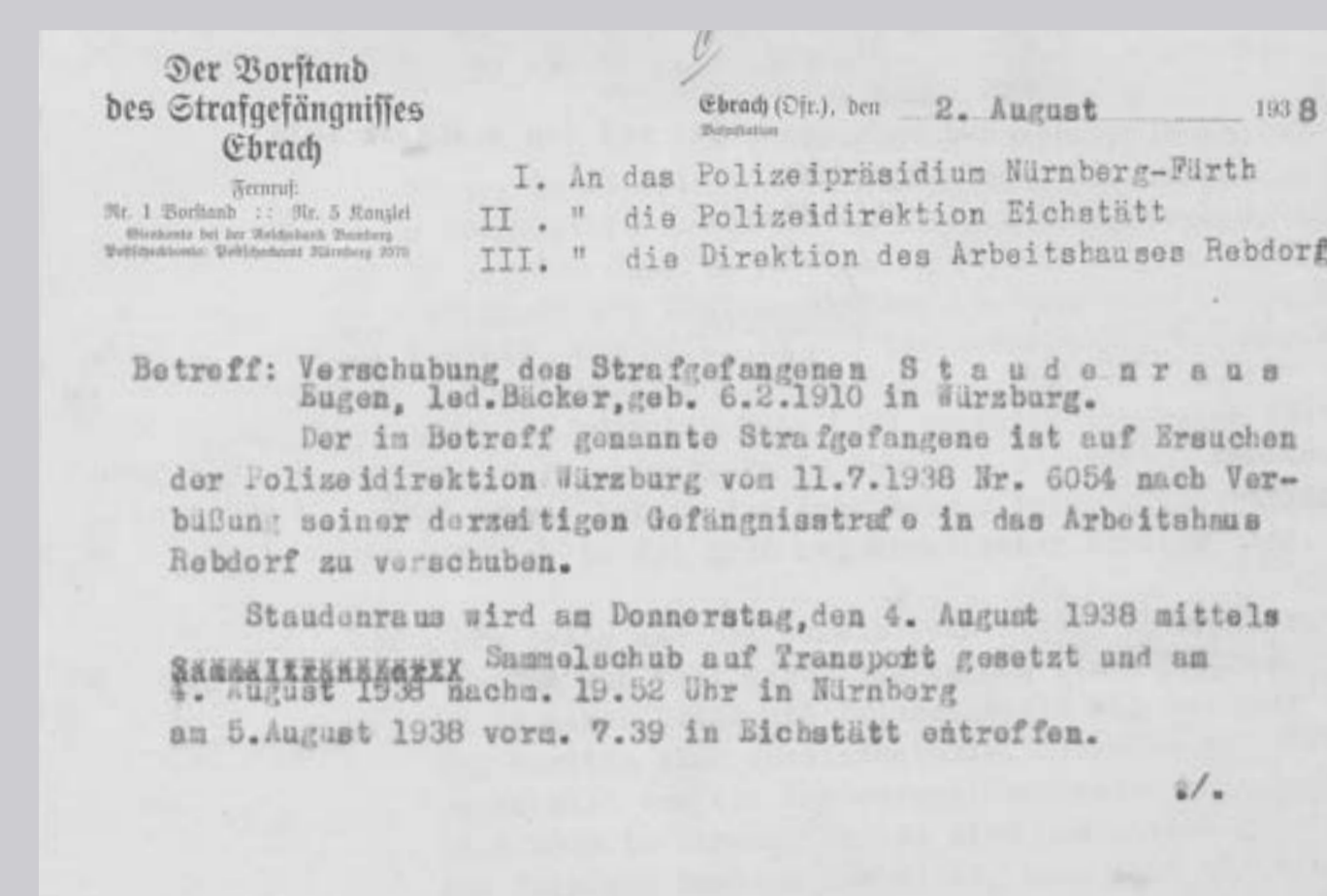
Konzentrationslager

Als er nach 2 Jahren entlassen wird, nimmt ihn die Polizei in Würzburg sofort in Sicherungsverwahrung und liefert ihn am 3.8.1940 in das Konzentrationslager Dachau ein. In den nächsten Monaten transportiert man ihn ins KZ Sachsenhausen, ins KZ Neuengamme, wieder ins KZ Dachau und ins KZ Buchenwald, zuletzt, im Oktober 1941 in das KZ Natzweiler, ein erst im Mai eröffnetes Straf- und Arbeitslager. Die Sträflinge sollen hier unter schlimmen Bedingungen den recht seltenen roten Granit für die von Hitler geplanten Prachtbauten abbauen. Eugen Staudenraus ist jetzt durch die dauernden Verlegungen, die schlechten Lebensbedingungen, das immer wieder neue Wachpersonal und die häufig wechselnden Mithäftlinge so zermürbt, dass er am 6. März 1942 seinem Leben ein Ende setzt. Im Arztbericht steht: „Staudenraus wurde am 6.3.42 um 16.15 vom Arbeitskommando Barackenbau eingeliefert, er hatte sich die Aorta subitalis und die Aorta radialis links mit einem Querschnitt durchtrennt. Man versuchte noch zu nähen, doch während der Narkose trat der Tod wegen Blutverlust ein.“

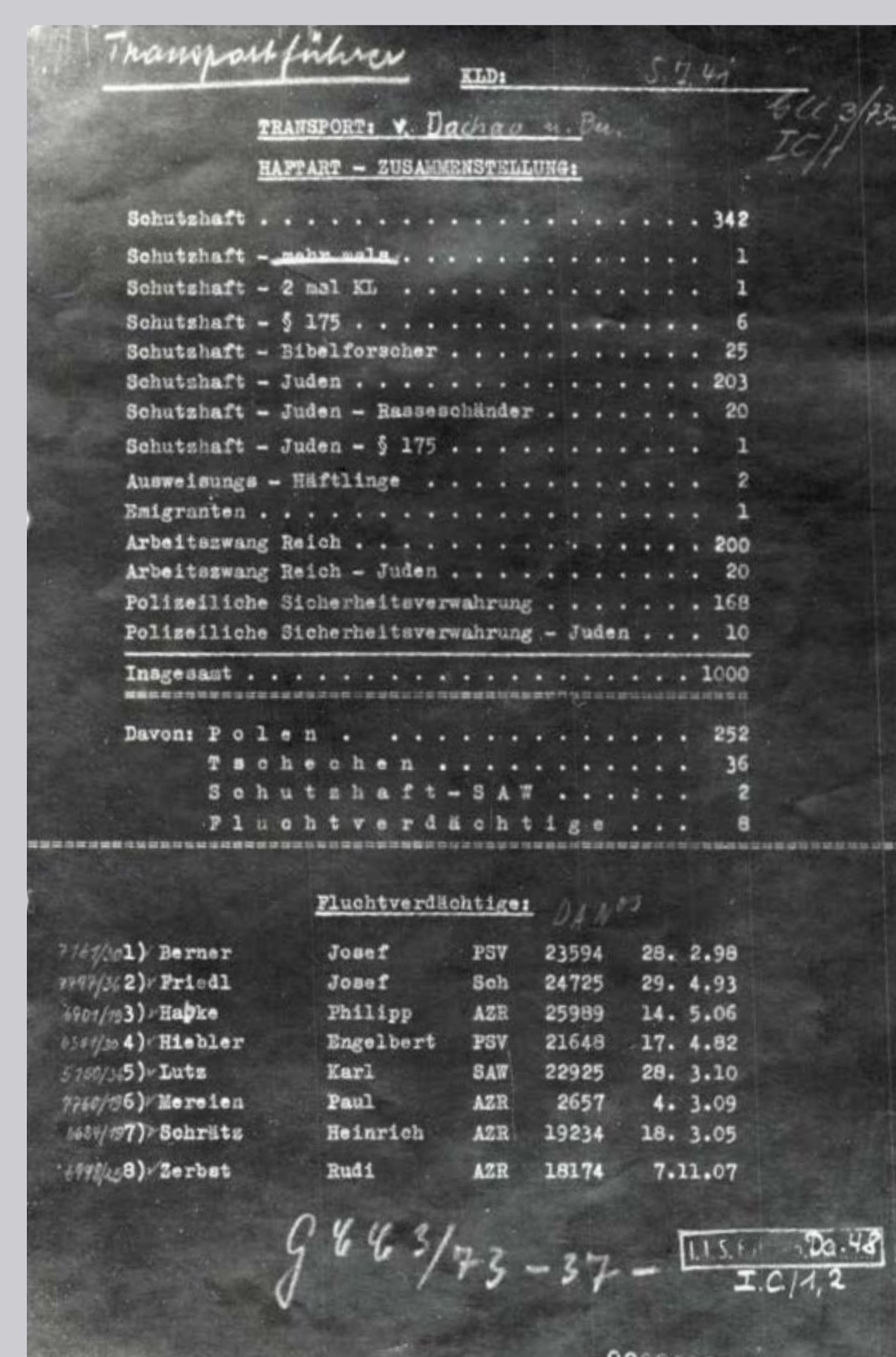


(Quelle: StABa K 192 Nr. 5591)

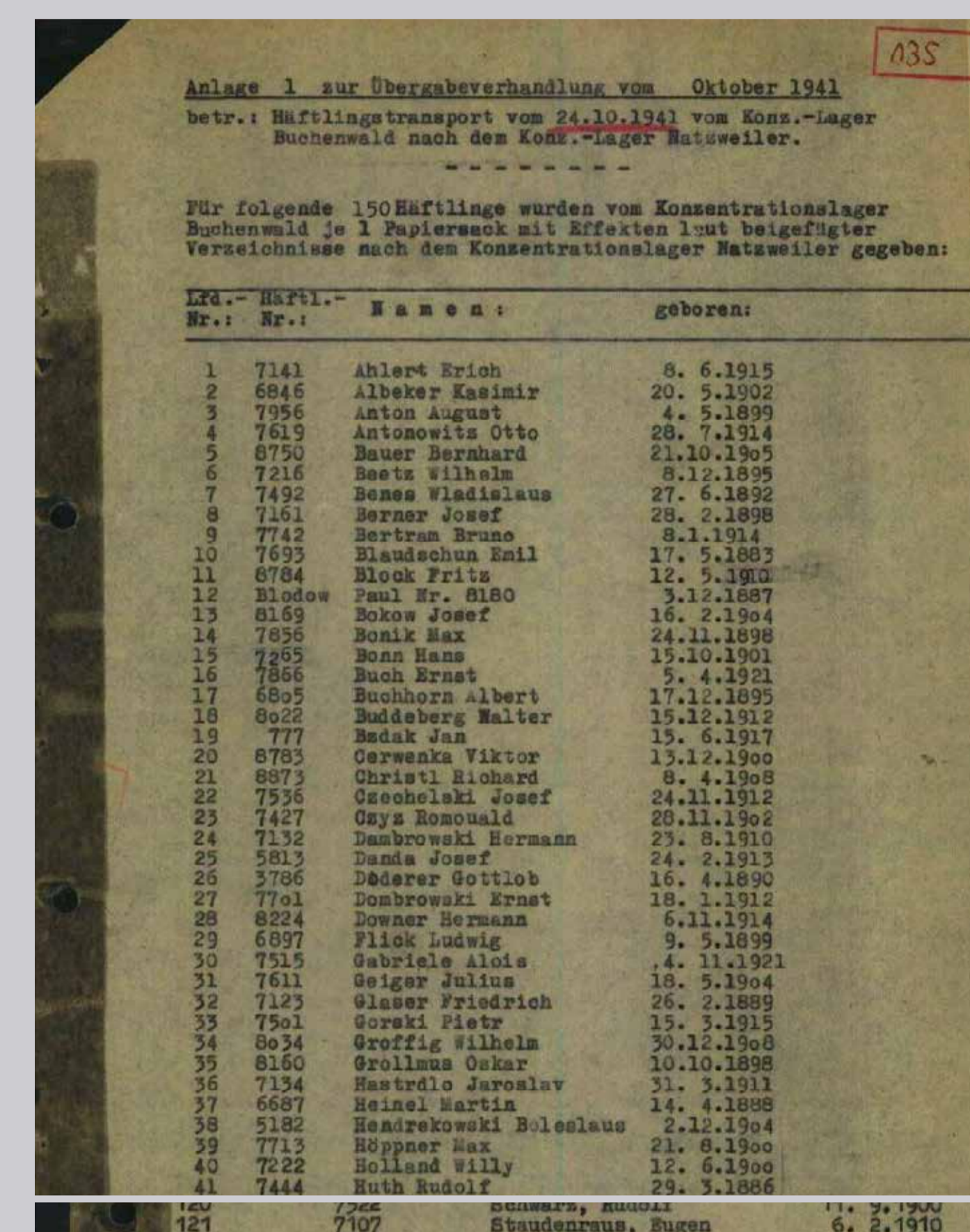
Staudenraus Eugen geb. 6.2.1910



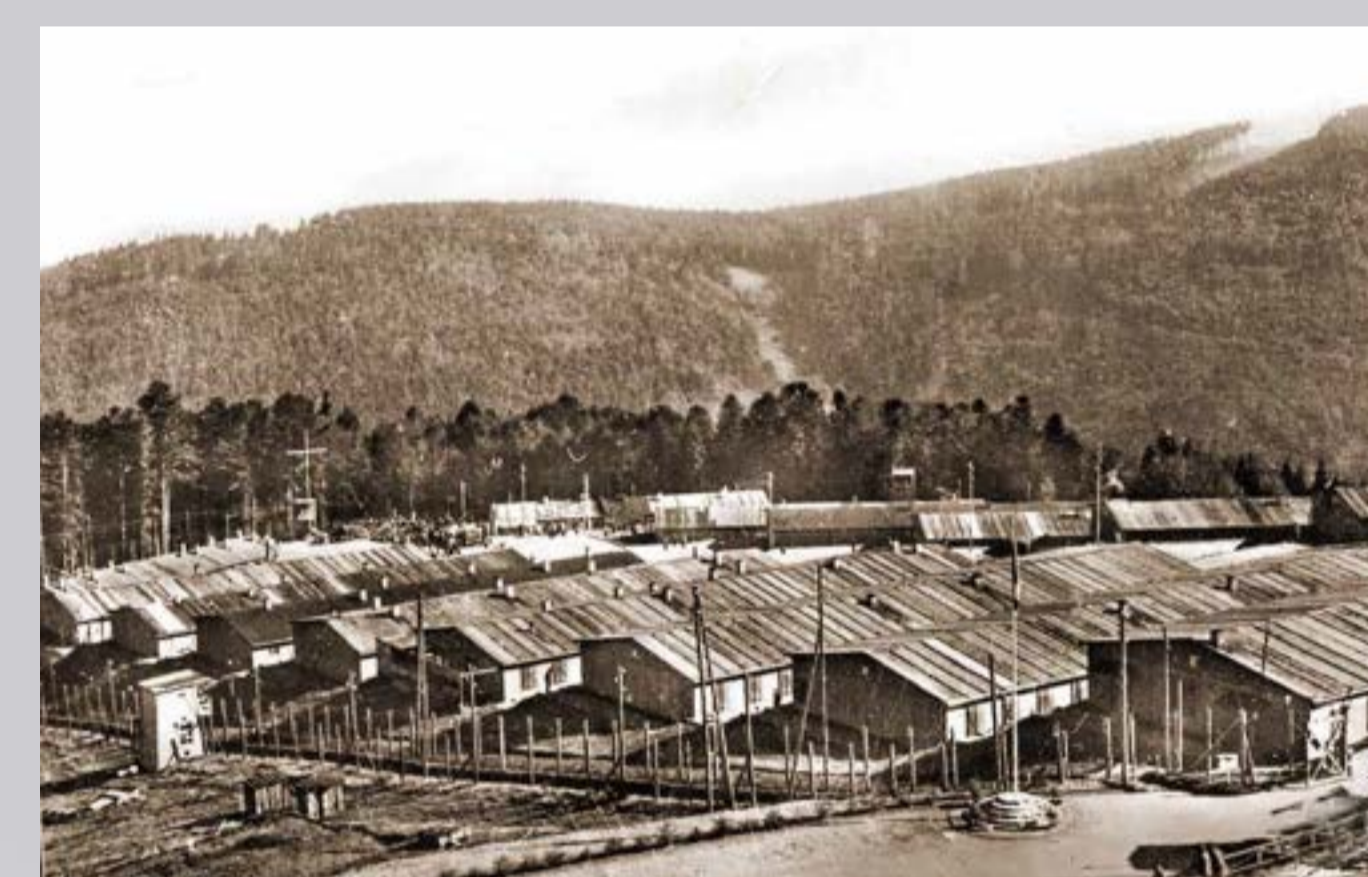
Einweisung ins Arbeitshaus (Quelle: StABa K192 Nr.5591)



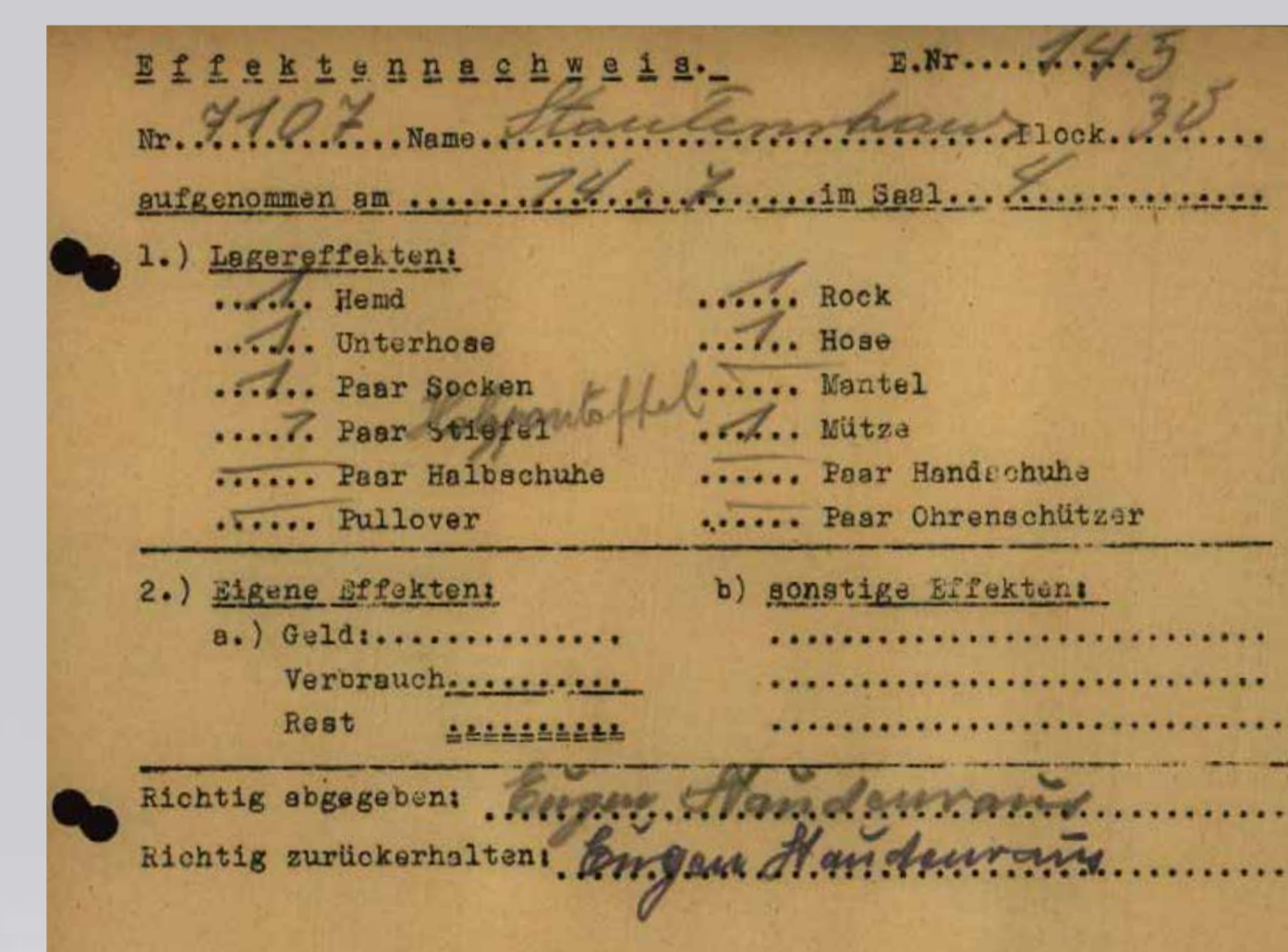
Transport von Dachau nach Buchenwald (Quelle: ITS Arolsen Archives)



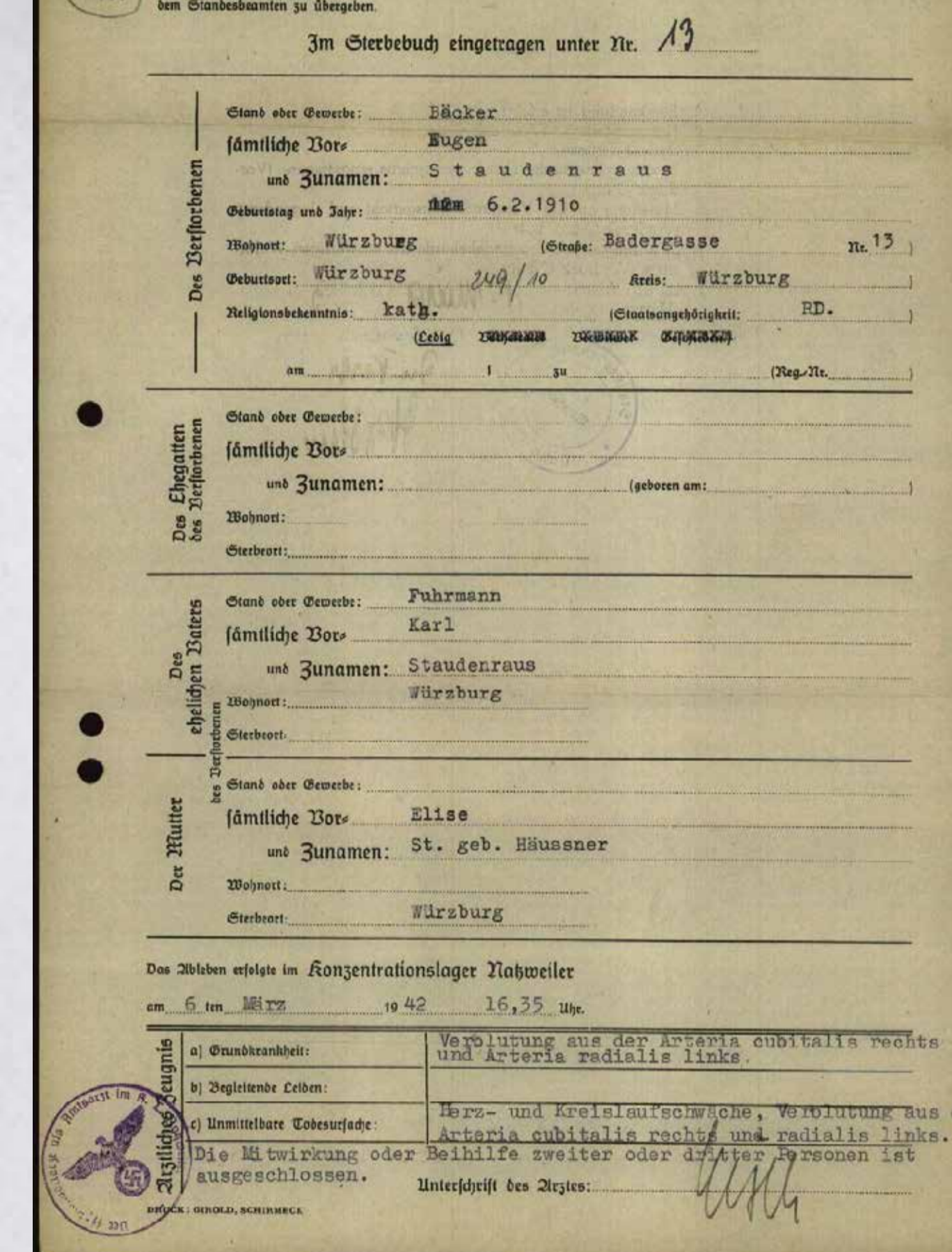
Transport ins KZ Natzweiler (Quelle: ITS Arolsen Archives)



Baracken im KZ Natzweiler (Quelle: Frank Falla Archive)



Inhalt der Papiertüte, die Eugen Staudenraus beim Transport ins KZ mitnehmen durfte (Quelle: ITS Arolsen Archives)



Sterbebucheintrag (Quelle: ITS Arolsen Archives)



ausgegrenzt | inhaftiert | vernichtet

Ein falscher Ausweis

Leben

Der in Offenburg geborene Sohn eines Zementfabrikanten erlernt den Beruf eines Kochs und Kellners, den er in verschiedenen deutschen Städten ausübt. 1903 heiratet er in Aschaffenburg und zieht einige Jahre später mit seiner Familie nach Würzburg. Im ersten Weltkrieg kämpft er an der Westfront, erhält einige Auszeichnungen und wird 1917 an der Hüfte verwundet. Deshalb kann er nach dem Kriegsende seinen Beruf nicht mehr ausüben. Von nun an verdient er seinen Lebensunterhalt als Vertreter für verschiedene Versicherungen. Seit Mai 1933 ist er Mitglied in der NSDAP und mehreren nationalsozialistischen Verbänden. Vermutlich deshalb gelingt es ihm auch, eine Stelle als Vertragsangestellter bei der Stadt Würzburg zu erhalten. Bis 1941 arbeitet er in verschiedenen städtischen Ämtern. Er ist nicht vorbestraft und führt ein an die politischen Verhältnisse angepasstes bürgerliches Leben, das sich ganz plötzlich ändert.

Verhaftung

Am 10. November 1941 erscheint eine Frau bei der Polizei und erstattet Anzeige gegen Hermann Schwarz. Ein Mann habe am Morgen ihre Wohnung betreten und behauptet, ihre Vermieterin habe wegen häufiger Männerbesuche gegen sie Anzeige erstattet. Auf ihr Verlangen hin habe er flüchtig einen Ausweis gezeigt, und als sie diesen Ausweis genauer betrachten wollte, die Wohnung wieder verlassen. Sie gibt auch zu Protokoll: „Ich möchte erwähnen, daß der Mann, als er bei mir in der Wohnung war, sagte, er komme vom Staatlichen Gesundheitsamt...“. Bei seiner Vernehmung zwei Tage später gibt Schwarz den Vorfall zu, allerdings unterstellt ihm nun die Kriminalpolizei, er habe sich als Beamter der Staatspolizei ausgegeben, was als ein schwerwiegenderes Vergehen angesehen wird. Wiederum zwei Tage später nimmt ihn die Polizei, obwohl der Ermittlungsrichter keinen Haftbefehl ausgestellt hat, in Haft. Die Gestapo beantragt in Berlin seine Schutzhaft.

Konzentrationslager

Im Dezember wird er wegen Amtsanmaßung und Hausfriedensbruch vom Würzburger Gericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Da die vier Wochen Untersuchungshaft angerechnet werden, überstellt man ihn schon am 25. Dezember in das Konzentrationslager Mauthausen. Den unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem Konzentrationslager ist der kranke 60-Jährige nicht lange gewachsen. Schon 11 Tage später teilt man der Gestapo Würzburg mit, dass Hermann Schwarz am 5. Januar 1942 an einem „Herzschlag“ gestorben ist.

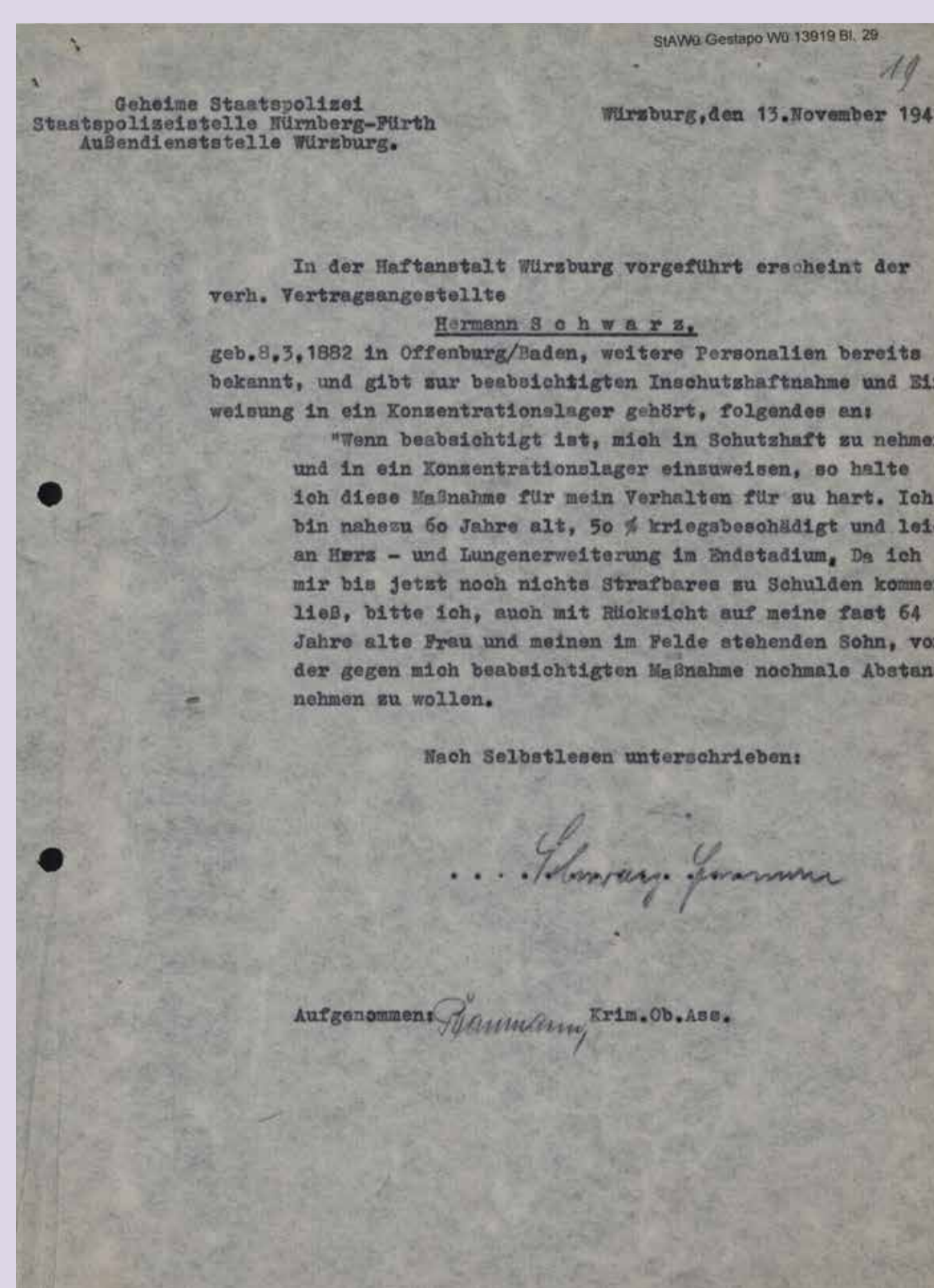


(Quelle: StAWü Gestapo Nr. 13919)

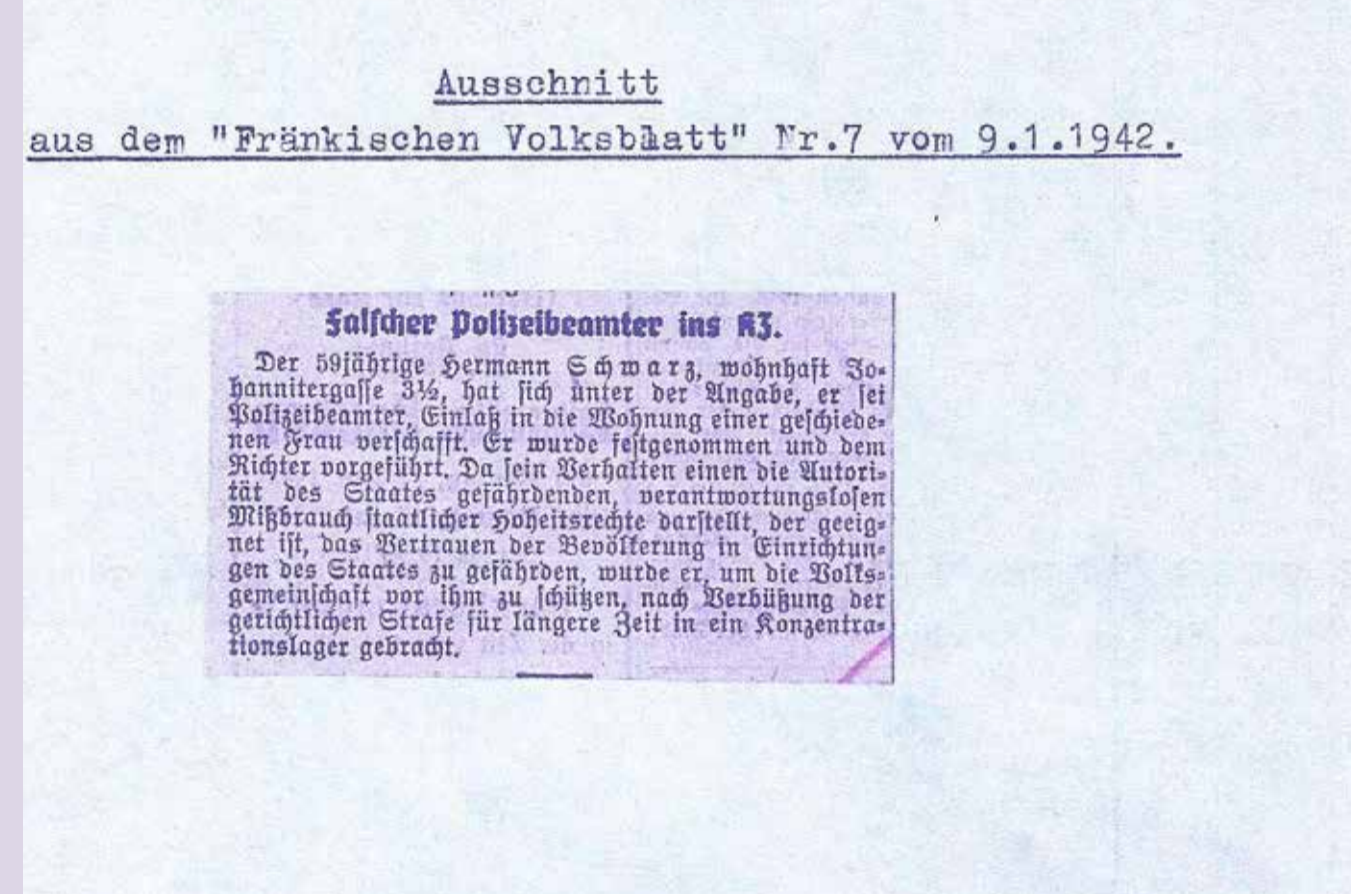
Hermann Schwarz, geb. 8.3.1882

In das Verhalten des Schwarz weisen die Ämter des Staats gefährlichen verantwortungslosen Mißbrauch staatlicher Hoheitsrechte darstellend und geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsorgane des Staates zu untergraben, bitte ich, gegen ihn gemäß Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 13.7.41 - IV C 2 Allg.Br. 41 201 - betr. RSHA, Antrag auf Schutzhaft und Einweisung in die ZK zu stellen.

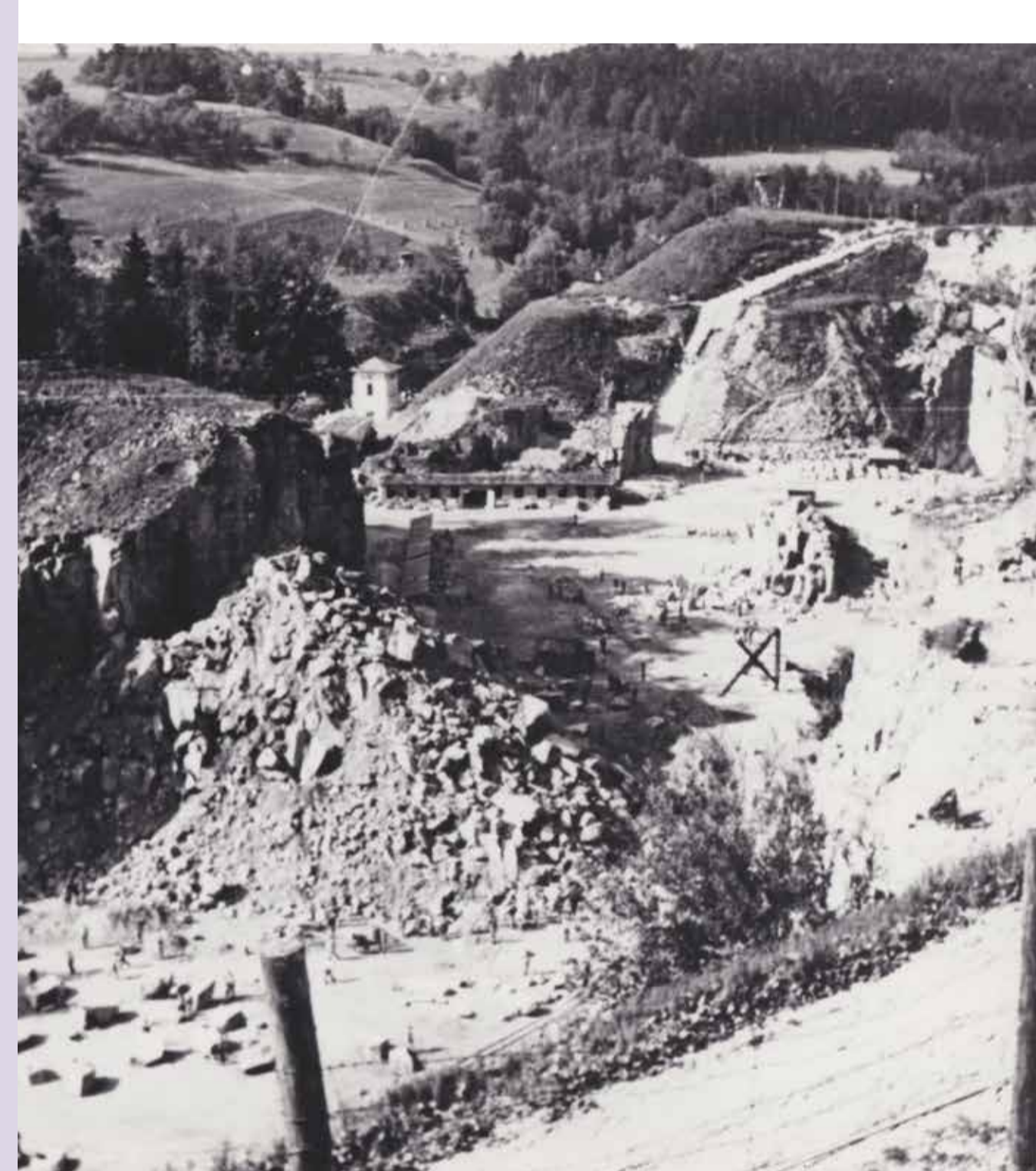
Begründung für die Verhaftung (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 13919)



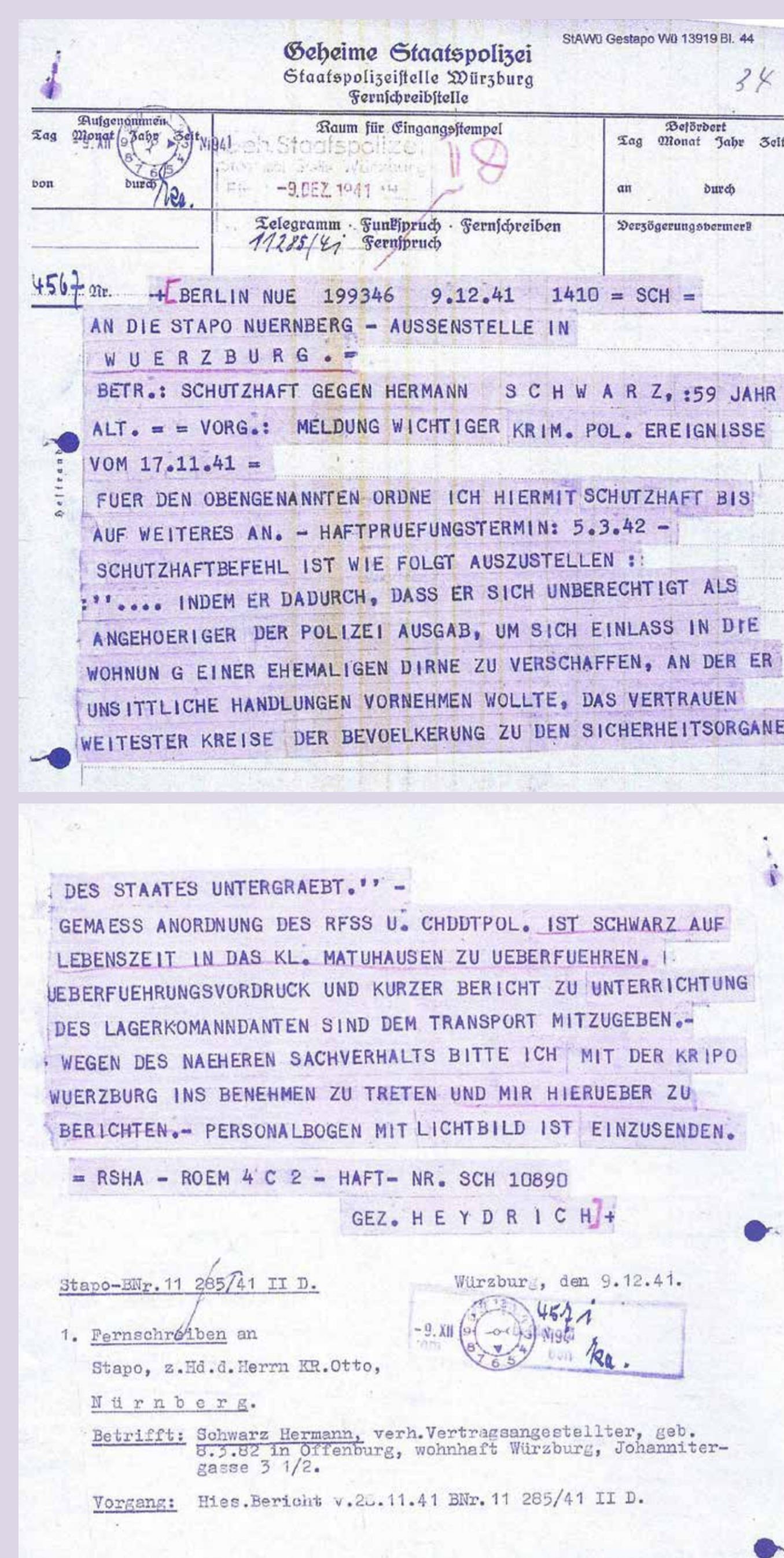
Bitte um Entlassung aus der Haft (Quelle: StAWü Nr. 13919)



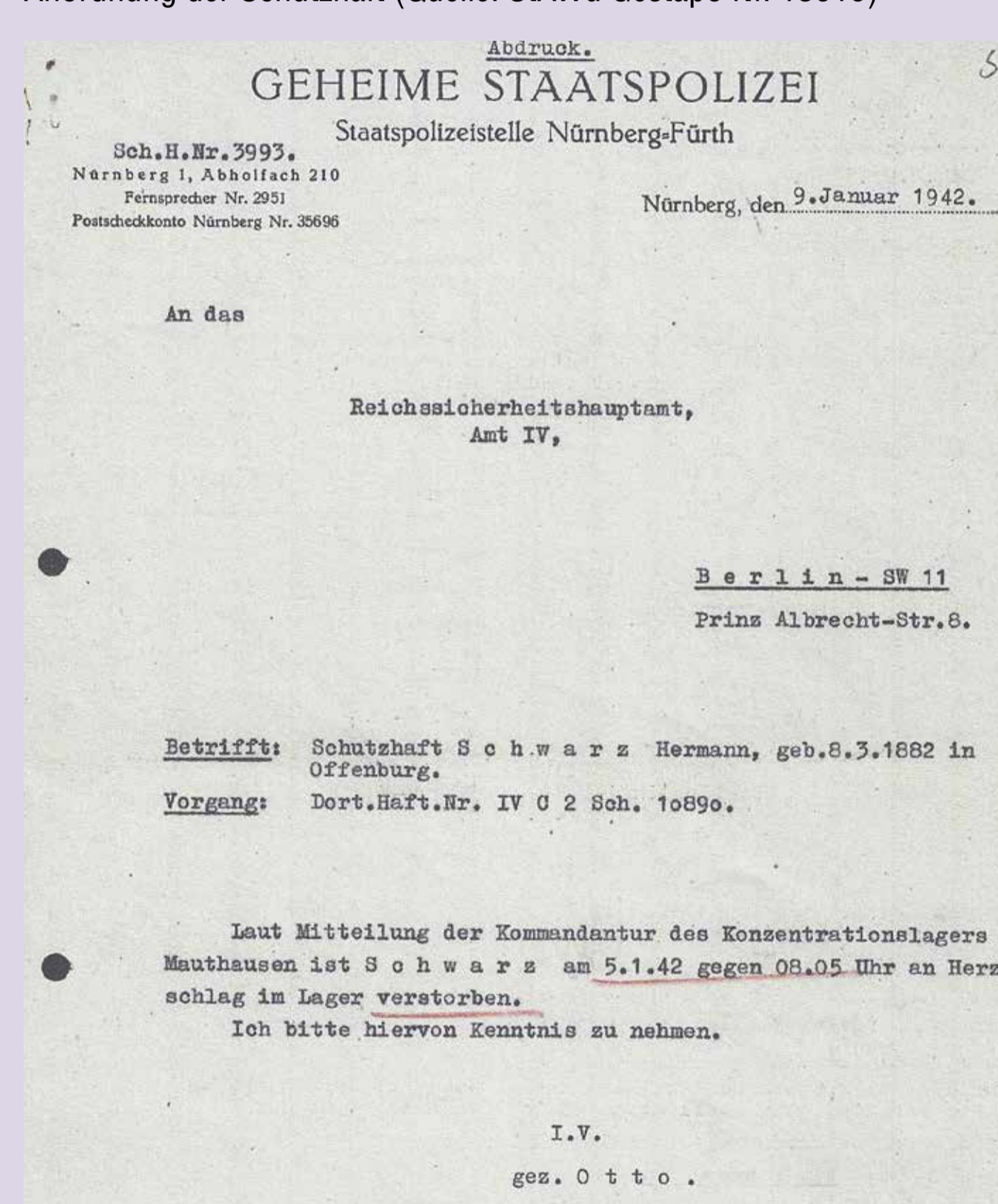
Zeitungsbericht über die Gerichtsverhandlung (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 13919)



Steinbruch im KZ Mauthausen (Quelle: Mauthausen Memorial)



Anordnung der Schutzhaft (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 13919)



Todesnachricht aus dem KZ Mauthausen (Quelle: StAWü Gestapo Nr. 13919)



ausgegrenzt | inhaftiert | vernichtet

Der „Arbeitscheue“

Jugend

Johann Koberger berichtet bei seiner Vernehmung im April 1938: „Ich besuchte in Würzburg die Volksschule... Nach der Entlassung kam ich... hier auf kurze Zeit als Gärtner in die Lehre. Während dieser Zeit habe ich mit verschiedenen jungen Burschen 2 Gartenhauseinbruchdiebstähle verübt und wurde daraufhin in die Erziehungsanstalt in Queichheim auf drei Jahre untergebracht.“

Koberger beendet in der Anstalt seine Gärtnerlehre und findet danach eine Stelle als Weinbergsarbeiter in Deidesheim. Aber schon nach drei Monaten kehrt er zu seinen Eltern nach Würzburg zurück. Hier hat er in den folgenden Jahren verschiedene Stellen als Arbeiter inne, die er entweder nach kürzerer Zeit verlässt oder aus denen er entlassen wird. Schon 1937 wird ihm die „Einschaffung in das KZL Dachau“ angedroht, weil er ohne ersichtlichen Grund seinen Arbeitsplatz aufgegeben hat und seine Familie vom Wohlfahrtsamt unterstützt werden musste.

Aktion „Arbeitscheue Reich“

Bei der Aktion „Arbeitscheue Reich“ durch die Würzburger Gestapo im April 1938 wird er verhaftet. Die Gestapo beantragt in Berlin einen Schutzhaftbefehl gegen ihn mit der Begründung, dass er arbeitscheu sei und seine Familie vom Wohlfahrtsamt unterstützt werden müsse. Weil er aber inzwischen wieder eine Arbeitsstelle hat, entgeht er der Schutzhaft im Konzentrationslager. Er wird aus der Haft entlassen. Allerdings wird er ermahnt und soll weiterhin von der Gestapo beobachtet werden.

Im Juni 1939 meldet das Arbeitsamt der Gestapo, dass Koberger, der von Februar bis Juni zu Bauarbeiten am Westwall dienstverpflichtet war, sich in Würzburg befindet und keine Arbeitsstelle habe. Immer wieder habe er die Baustelle verlassen und nach Aussage seiner Frau Krankheit vorgetäuscht, um nicht mehr zum Westwall zurück zu müssen. Er habe sie auch schon vor sieben Wochen verlassen, ohne für ihren Unterhalt zu sorgen. Er werde von seiner Mutter und dem Stiefvater finanziell unterstützt und treibe sich den ganzen Tag in Würzburg herum. Am 2. September wird Koberger in der Wohnung seiner Mutter verhaftet und die Schutzhaft im Konzentrationslager beantragt. Die ärztliche Untersuchung ergibt: „Der Untersuchte ist haft-, transport-, arbeits-, und lagerfähig.“

Konzentrationslager

Am 10. Oktober kommt Johann Koberger mit einem Sammeltransport im Konzentrationslager Buchenwald an. Hier sind seit der Aktion „Arbeitscheue Reich“ Tausende „Arbeitscheue“ untergebracht. Das Lager ist überfüllt. Im Januar schreibt die Mutter, voller Sorge um ihren Sohn, an das Konzentrationslager. Sie dürfte keine Antwort erhalten haben. Bei einem Haftprüfungstermin Anfang März 1940 wird noch die Verlängerung seiner Haft bis zum Juni verfügt. Doch schon am 25. März 1940 stirbt Koberger angeblich „um 2.00 Uhr an Körper- und Kreislaufschwäche.“

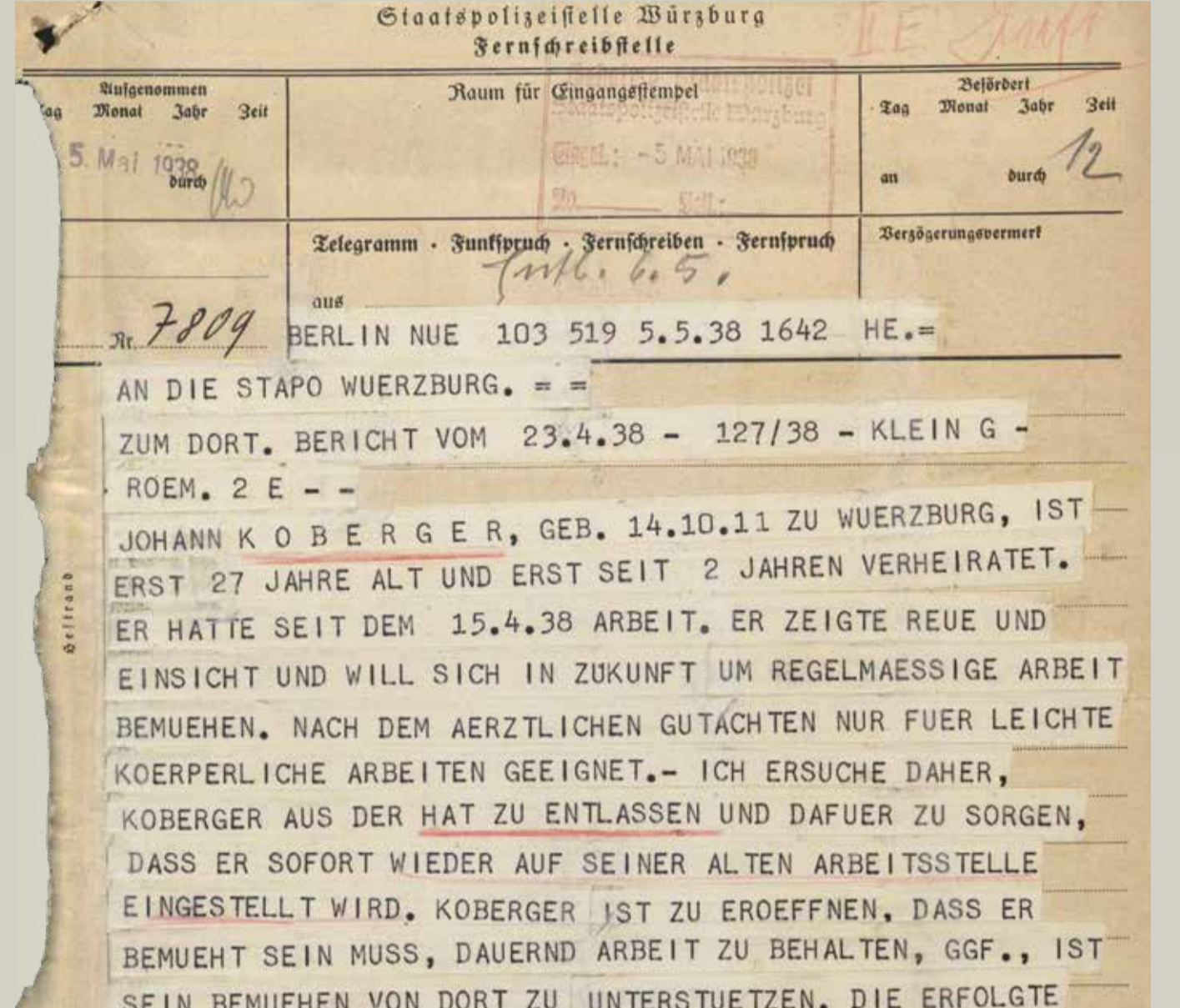


Häftlingsappell im KZ Buchenwald (Quelle: Archiv Gedenkstätte Buchenwald)

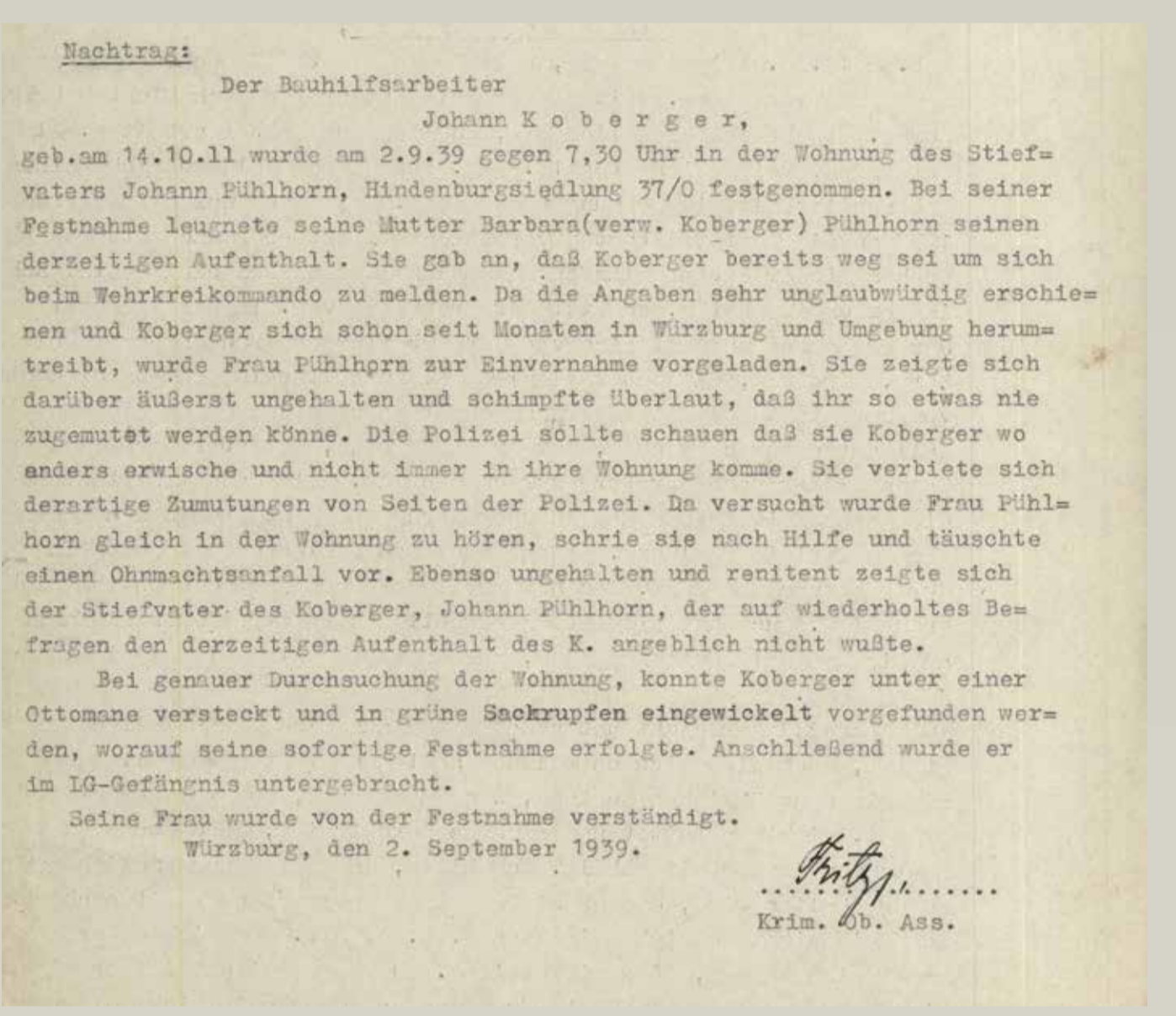
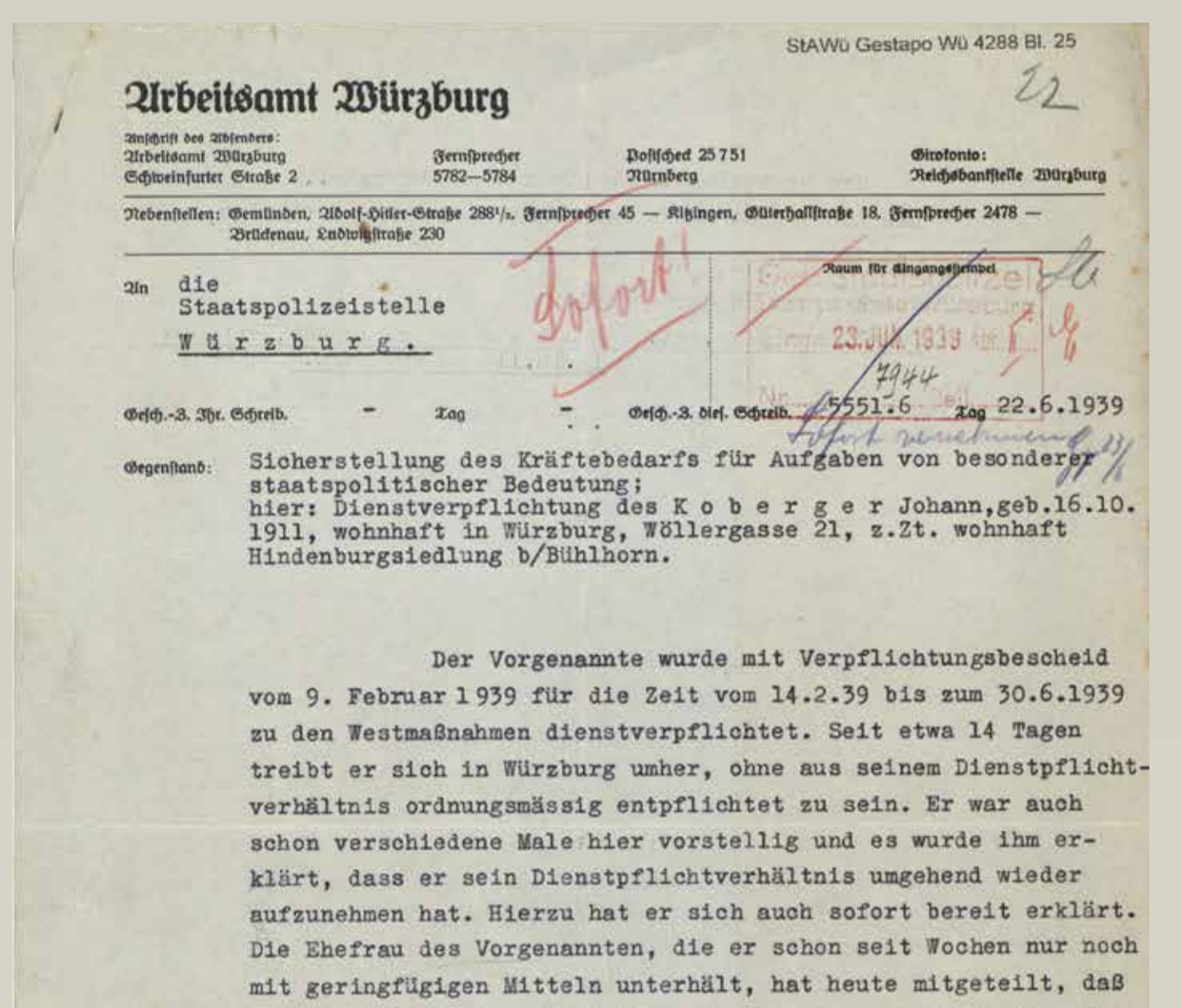
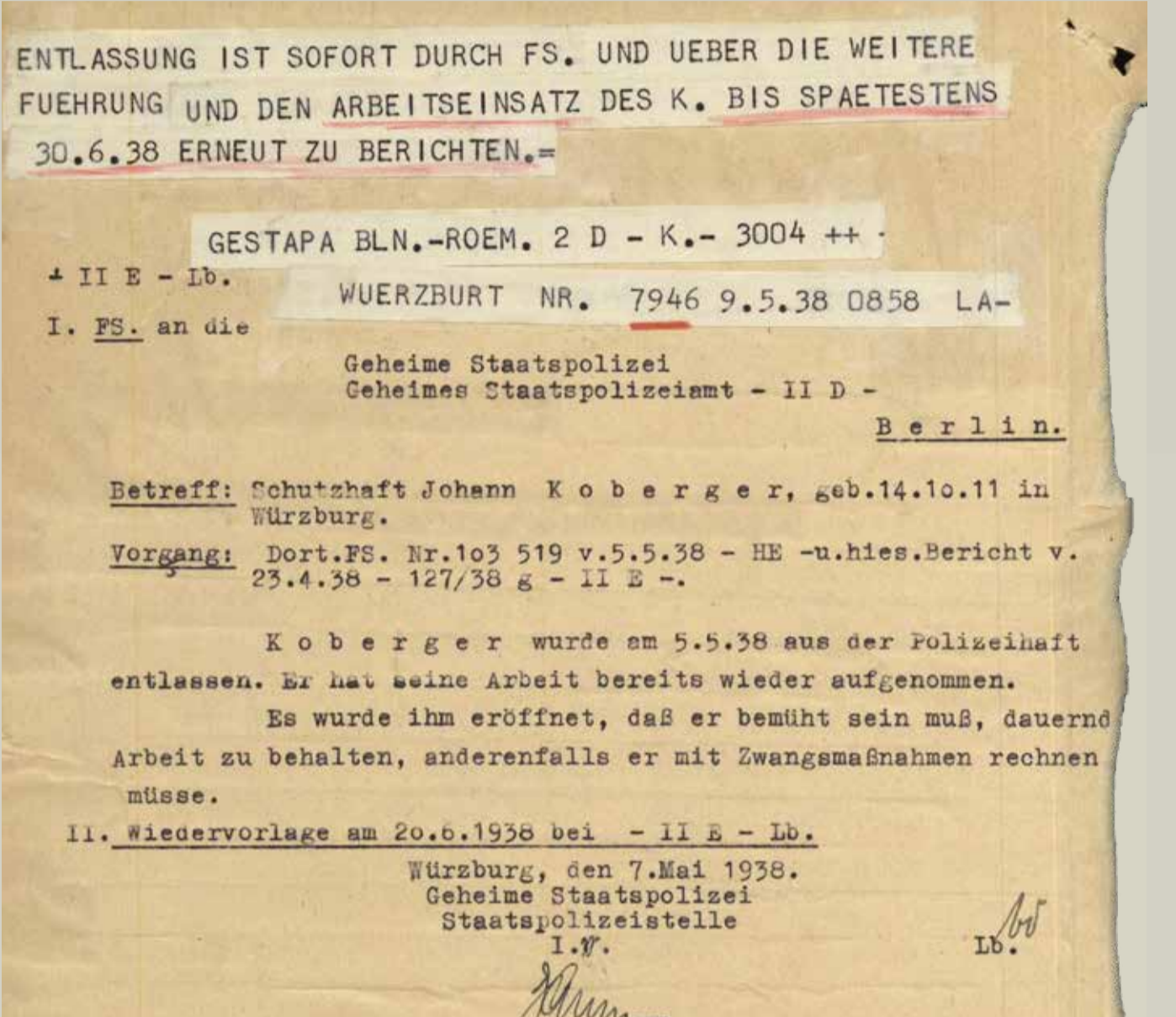


(Quelle: StAWU Gestapo Nr. 4288)

Johann Koberger, geb. 14.10.1911

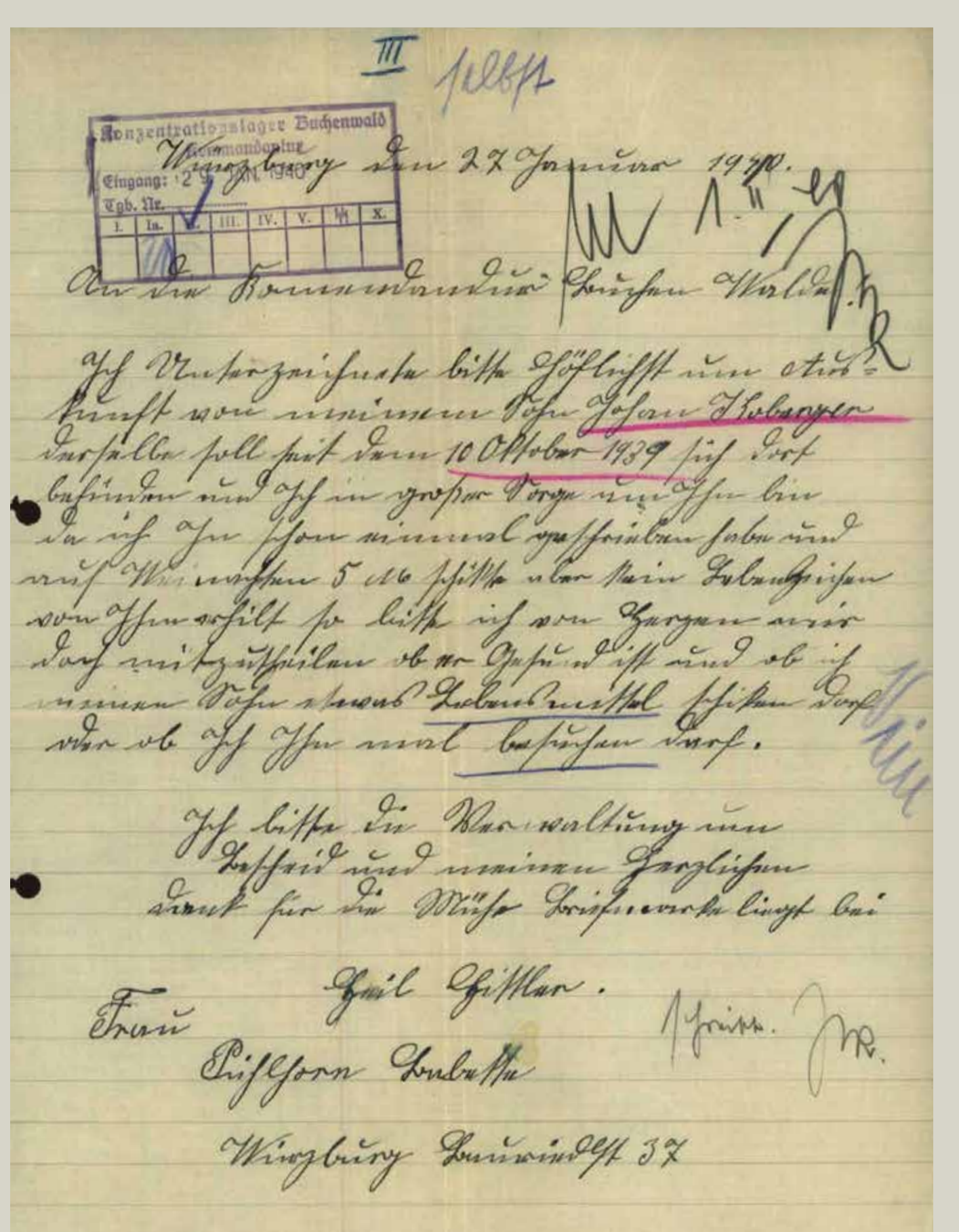


Entlassung aus der Haft im Mai 1938 (Quelle: StAWU Nr. 4288)

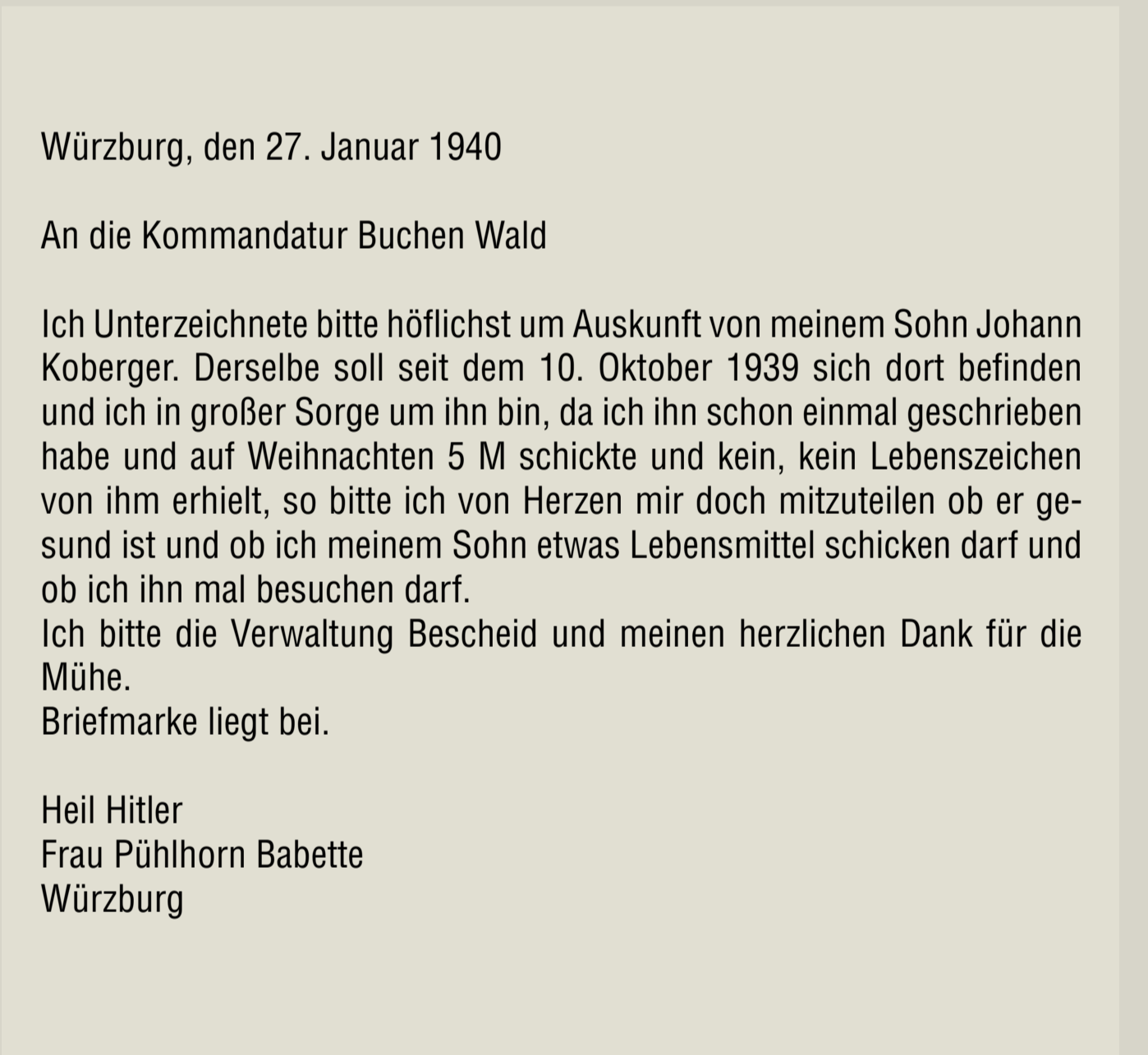


Bericht über die Verhaftung (Quelle: StAWU Nr. 4288)

Meldung des Arbeitsamts an die Polizei (Quelle: StAWU Gestapo Nr. 4288)



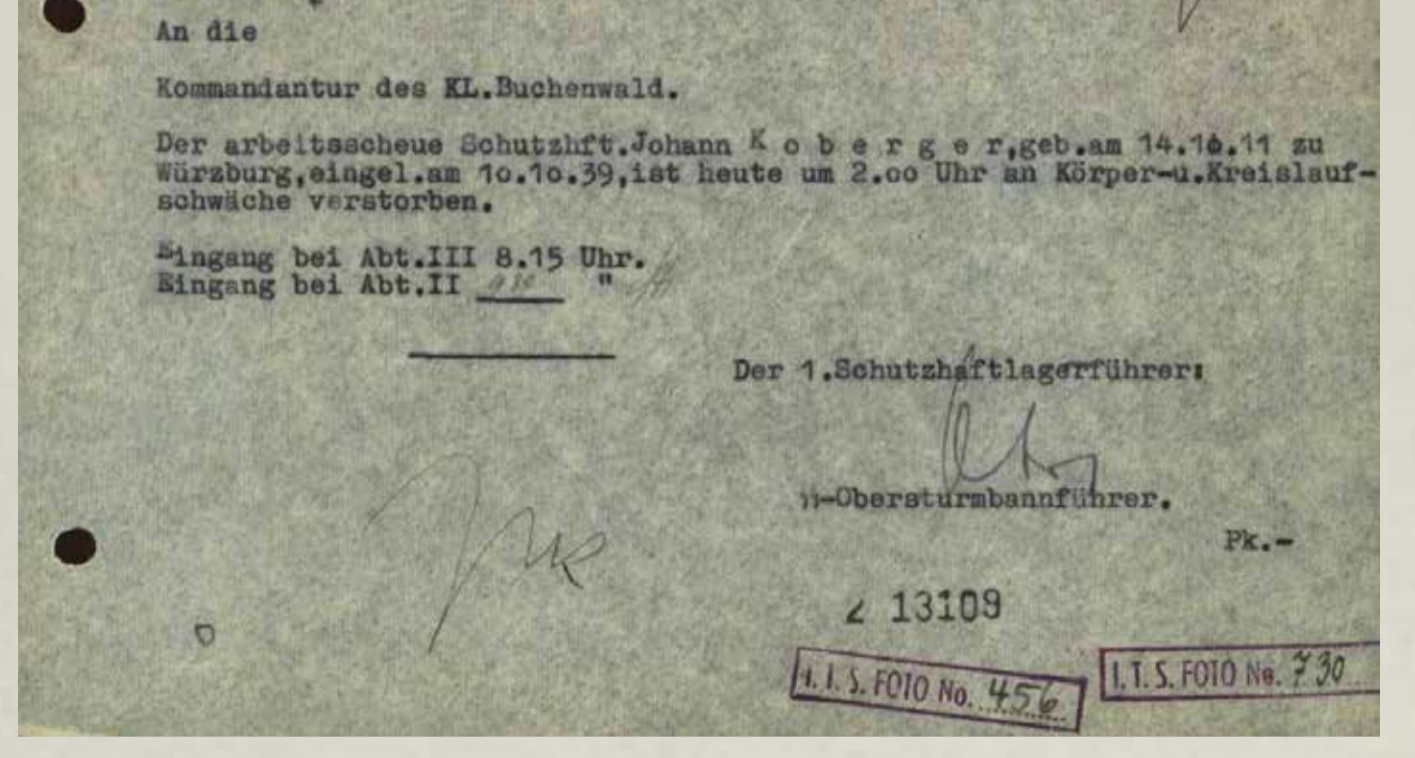
Verlängerung der Schutzhaft (Quelle: StAWU Gestapo Nr. 4288)



Brief der Mutter ans Konzentrationslager mit Transkription (Quelle: ITS Arolsen Archives)



Todesnachricht aus dem KZ Buchenwald (Quelle: ITS Arolsen Archives)



ausgegrenzt | inhaftiert | vernichtet

Denn er liebte Männer...

Vorleben

Peter Lanwehr wird am 29. Juli 1897 als einziges Kind des Ehepaares Anton und Anna Lanwehr in Tecklenburg bei Münster geboren und katholisch erzogen. Nach dem Besuch der Volksschule und zwei Jahren Handelsschule erlernt er den Beruf des Gärtners.

Ab 1916 kämpft er im Ersten Weltkrieg in Russland und Frankreich, gerät in Gefangenschaft und wird erst zwei Jahre nach Kriegsende entlassen. Während dieser Kriegsjahre hat er erste sexuelle Kontakte mit Männern.

Nach dem Krieg arbeitet er zunächst in seinem erlernten Beruf, bevor er wegen der besseren Bezahlung als Lagerist in die Firma seines Onkels in Köln wechselt. Während dieser Zeit ist er Mitglied des katholischen Gesellenvereins, der auch das erste von Adolph Kolping erworbene Gesellenhaus unterhält. Ziel des Vereins ist die Geselligkeit, die soziale Unterstützung und die berufliche Fortbildung von Handwerksgesellen. Peter Lanwehr macht hier einen Hausmeisterkurs. Daraufhin empfiehlt ihn der Verein nach Würzburg. Seit 1928 hat er hier im katholischen Gesellenhaus, dem Vorgänger des Kolpinghauses, die Stelle eines Hausmeisters und Verwalters inne. Er führt den Wirtschaftsbetrieb bei freier Kost und Wohnung sowie einem Gehalt von 120 Reichsmark pro Monat.

Verhaftung

Am 26. September 1936 schreibt die Gestapo München an die Polizeidirektion Würzburg, dass man einen ehemaligen Hausdiener des Gesellenvereins wegen „widernatürlicher Unzucht“ in Haft genommen habe. Bei den Verhören hätte er sein Verhältnis mit Lanwehr und weiteren Männern in Würzburg zugegeben. Man bitet die Gestapo Würzburg um Nachforschungen.

Peter Lanwehr und die genannten Männer werden verhört und in Untersuchungshaft genommen. Ihre Wohnungen werden durchsucht. Alle Männer, die mit dem Gesellenhaus zu tun hatten, werden befragt.

Peter Lanwehr, dem seine Homosexualität wegen seiner streng katholischen Erziehung sicher große Probleme gemacht hat, gibt das Verhältnis mit dem Hausdiener sofort zu. Nach dessen Umzug nach München habe er auch mit anderen Männern Verkehr gehabt.

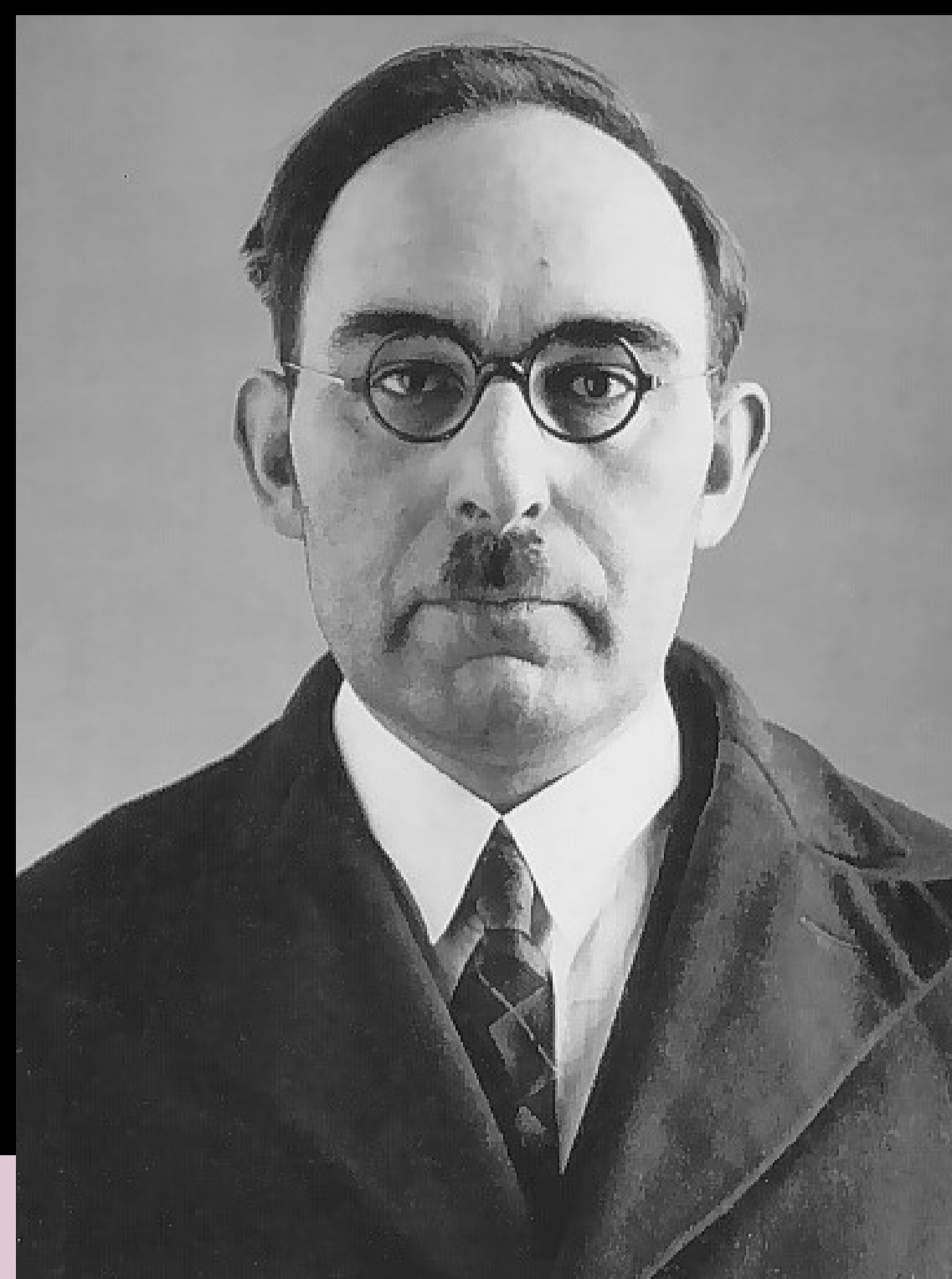
Josef Gerum, der Leiter der Gestapo Würzburg, von dem bekannt ist, dass er besonders hart gegen Homosexuelle vorging, übernimmt die Untersuchung und schreibt nach Abschluss der Ermittlungen am 15. Oktober 1936 an die Gestapo München: „Lanwehr hat sich als ein Homosexueller der schlimmsten Sorte [...] entpuppt.“

Gerum nutzt auch gleich die Gelegenheit, das katholische Gesellenhaus zu schließen, da die Vorkommnisse nach Bekanntwerden angeblich „bei der nationalsozialistisch denkenden Einwohnerschaft berechtigte Entrüstung“ erregen. Er schreibt weiter:

Eigentümer des Kath. Gesellenhauses ist nicht das bischöfliche Ordinariat Würzburg, sondern der "Katholische Gesellenhausverein". Es ist also kein kirchliches Eigentum und stehen die Beschwerden und Verwahrungen wegen der polizeilichen Schließung des Hauses, rechtlich dem Ordinariat gar nicht zu. Nachdem das Haus vorerst als beschlagnahmt gilt, sind erst Entscheidungen höherer Stellen nötig und erwarte ich solche nach Eingang der heute weitergeleiteten Gesamtverhandlungen. Ich erwähne dabei, daß die Schließung des Gesellenhauses nicht allein wegen der Verübung fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen einer ganzen Anzahl Angehöriger und Wohnungnehmer des Hauses, sondern auch im Staatsinteresse geschah, weil es auch höheren Ortes bekannt sein dürfte, daß gerade solche Häuser die Brutstätten reaktionären Gedankenguts sind. Wenn diese Tatsache noch mit dem Geist sittlich entarteter Subjekte vereint wird, so ist die Schließung eines soich sittlich und politisch verseuchten Pfuhls, eine nach jeder Hinsicht gerechtfertigte Maßnahme. Ich ersuche deshalb auch von dort um Bestätigung derselben und um Anweisungen über die weitere Verwendung des Kath. Gesellenhauses Würzburg.

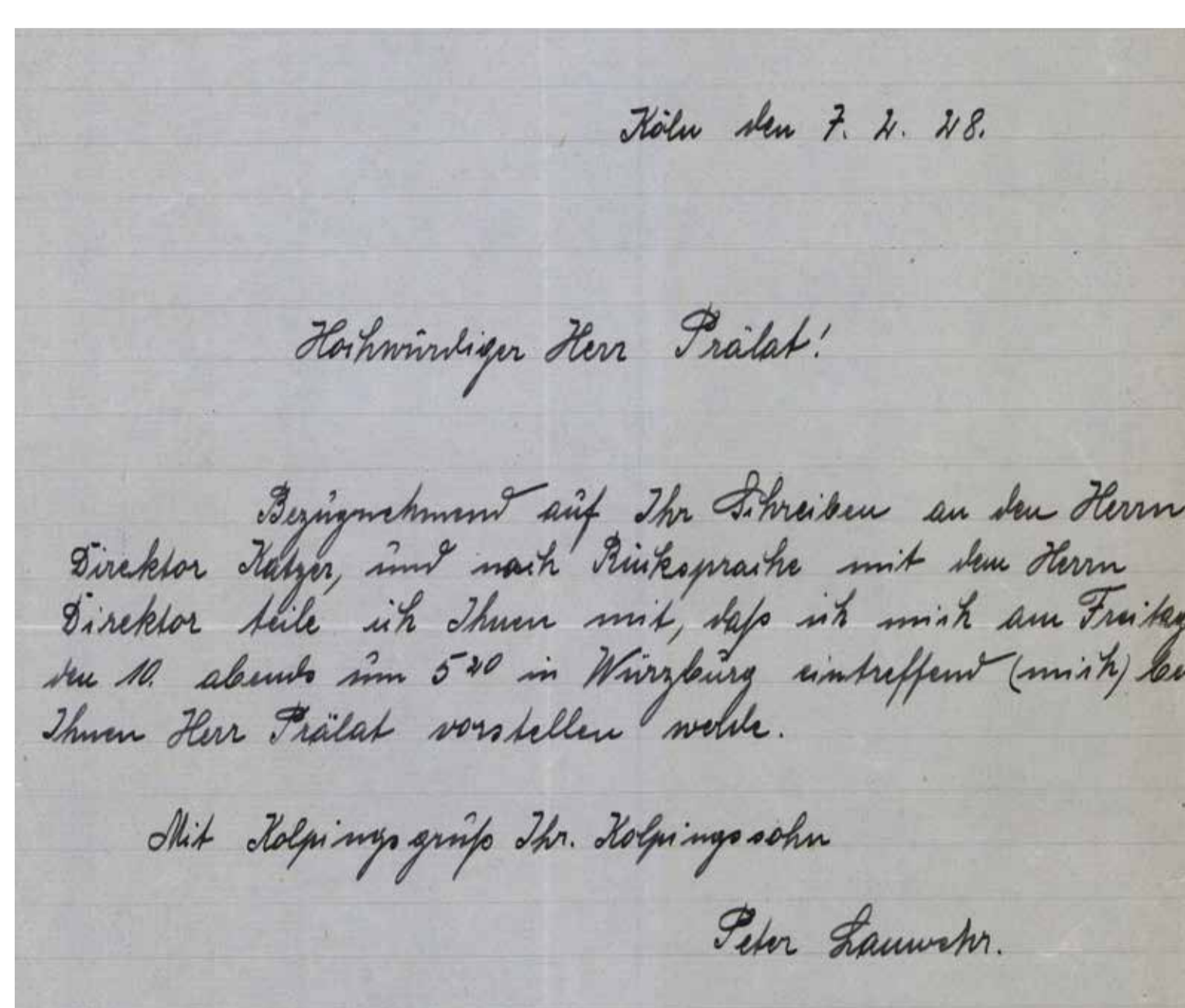
Verurteilung

Die Große Strafkammer des Landgerichts Würzburg verurteilt Peter Lanwehr am 10. März 1937 nach Paragraph 175 RStGB wegen Vergehen der „widernatürlichen Unzucht mit Männern“ zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren, abzüglich der Untersuchungshaft und mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Strafe fällt so hoch aus, weil man ihm die angebliche Abhängigkeit der jungen Männer vorwirft – aber auch, weil die Nationalsozialisten nach dem Röhm-Putsch 1934 den Paragraph 175 massiv verschärft hatten.



(Quelle: Staatsarchiv Nürnberg, Gefängnisse Nürnberg 1222)

Peter Lanwehr, geb. 29.07.1897



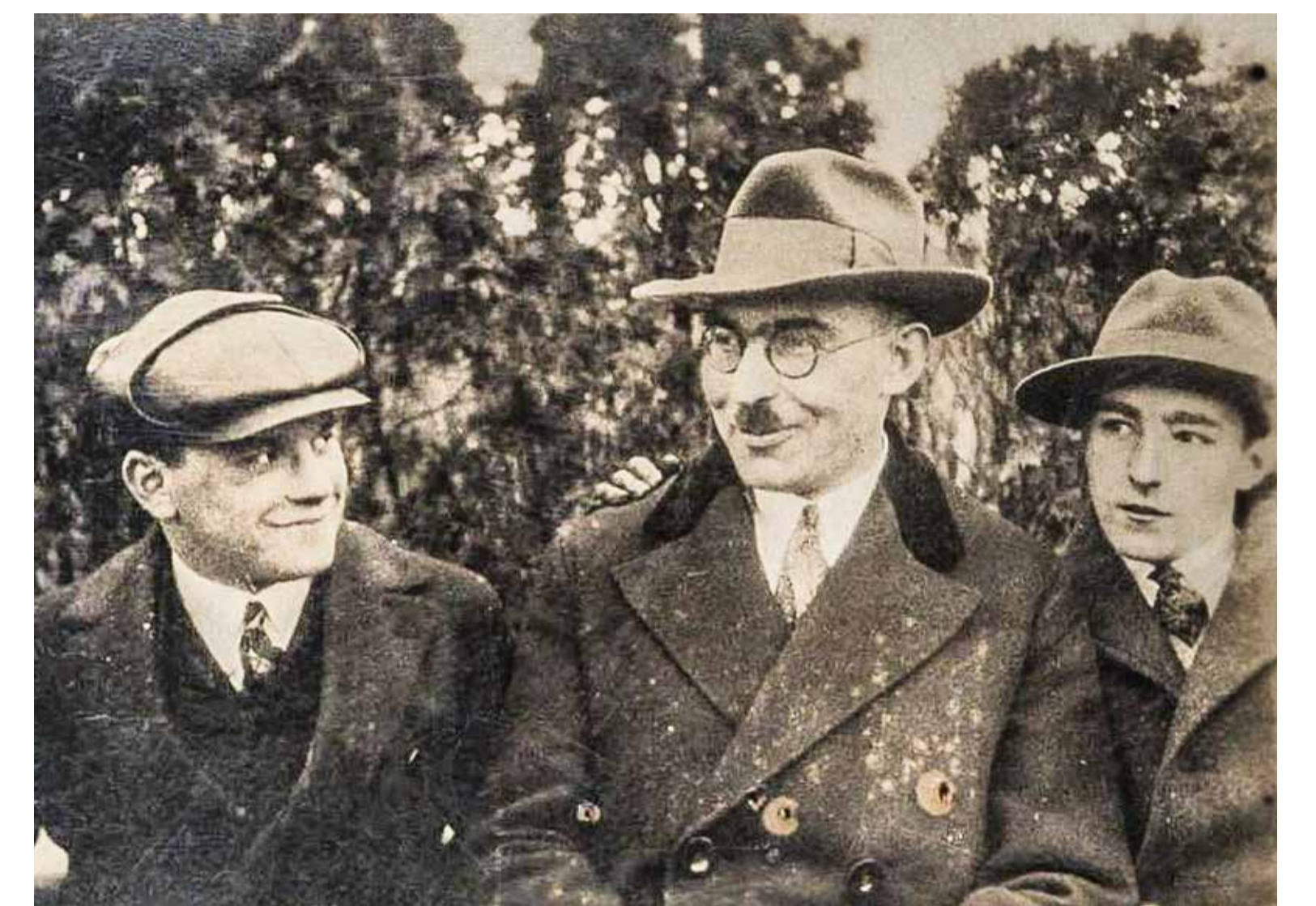
Brief Lanwehrs (Quelle: Staatsarchiv Würzburg Gestapo Nr. 5660)



Kath. Gesellenhaus Würzburg, Wöllergasse (Quelle: Stadtarchiv Würzburg)



Ausflug (Quelle: Staatsarchiv Würzburg Gestapo Nr. 5660)



Freunde (Quelle: Staatsarchiv Würzburg Gestapo Nr. 5660)

Gefängnis

Lanwehr sitzt seine Strafe bis zum 16. November 1941 im Gefängnis Nürnberg ab. Obwohl er für seine „Vergehen“ gebüßt hat, kommt er nicht frei. Die Polizei nimmt ihn, wie damals üblich, gleich in polizeiliche Sicherungsverwahrung, um ihn ins Konzentrationslager zu „verschublen“.

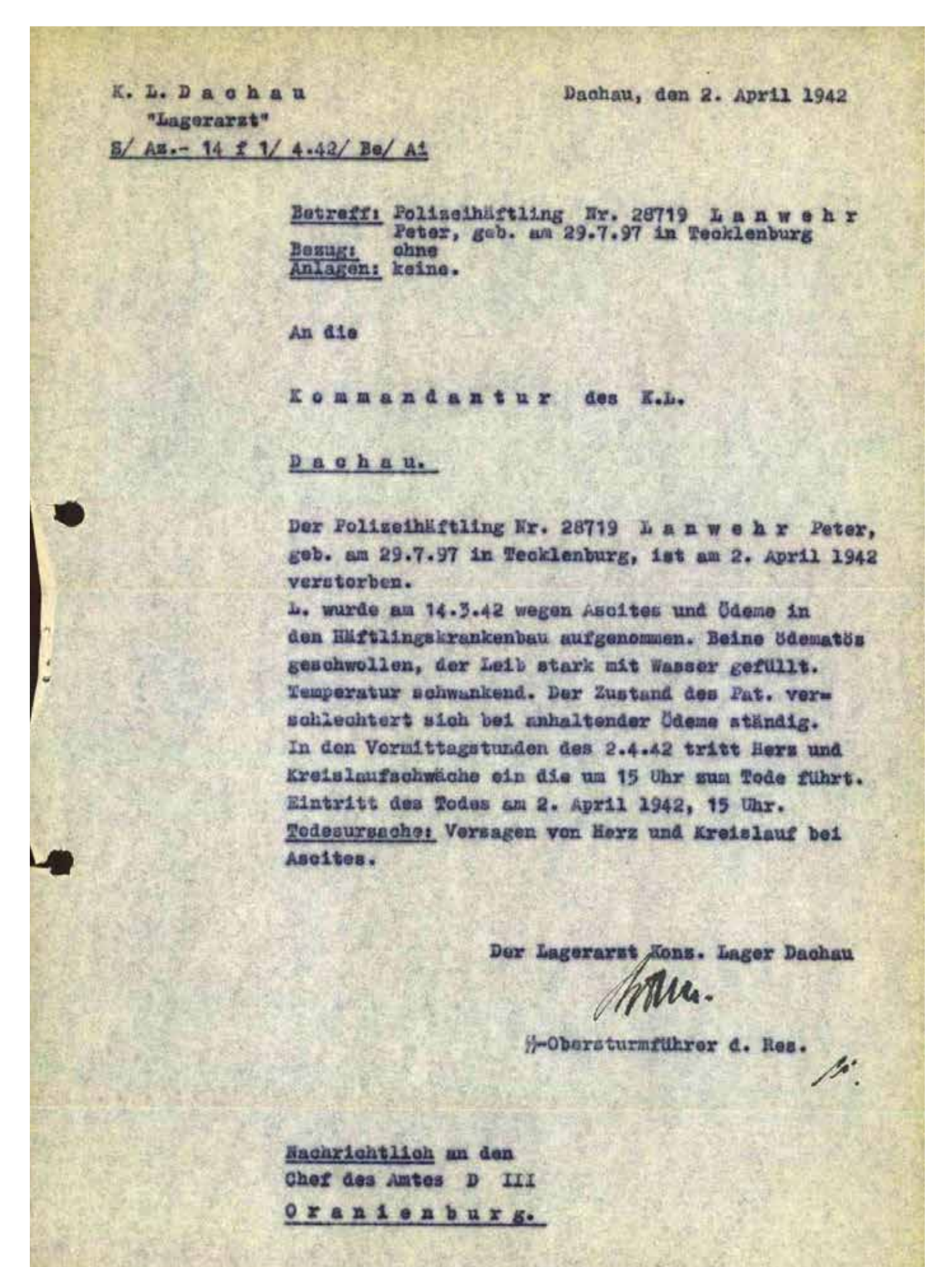
Konzentrationslager

Am 21. November 1941 wird er als Häftling Nr. 28 719 P.S.V. (Polizeiliche Sicherungsverwahrung) ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Schon bei der Ankunft dürfte er es mit der Grausamkeit des Wachpersonals und der Verachtung der Mithäftlinge für schwule Männer zu tun bekommen haben. Homosexuelle wurden in Dachau zu besonders schwerer körperlicher Arbeit eingeteilt, wie z.B. dem Ziehen einer Straßenwalze oder der Arbeit in einer Kiesgrube. Sie wurden verhöhnt und bei den kleinsten Vergehen grausam bestraft. Hinzu kamen noch verringerte Essensrationen. Peter Lanwehr muss unter dieser Behandlung schwer gelitten haben. Schon wenige Monate später, am 14. März 1942, liegt er im Häftlingskrankenbau des Konzentrationslagers mit starken Wassereinlagerungen im Körper, eventuell eine Folge der Mangelernährung.

Am 2. April 1942 stirbt er hier angeblich an Herz- und Kreislaufversagen. Seine Leiche wird im Konzentrationslager verbrannt.



Prügelstrafe im Lagergefängnis (Quelle: Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau, Aquarellzeichnung von Georg Tauber 1945)



Arztbericht (Quelle: ITS Arosen Archives)

